

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Kr. 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückführung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

Krise in London beigelegt.

London, 16. Juni. MacDonald teilte der
Parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei mit, daß
die Regierung den revidierten Abänderungs-
vorschlag der Liberalen annehme, und
daß damit die Krise vermieden sei.

Für Briands Friedens- und Sicherheitspolitik.

Vertrauensvotum der Kammer.

Paris, 16. Juni. In der Kammer nahm
nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte die
Regierung eine Vertrauensfrage über
Briands Politik an. Sie lautete:

Die Kammer bleibt der Friedens- und
Sicherheitspolitik, wie sie von der Regierung
betrieben wird, treu, billigt ihre Erklärungen,
spricht auf neue das durch die Abstimmungen
vom 8. Mai und 9. Juni zum Ausdruck ge-
brachte Vertrauen aus, lehnt jede zusätzliche
Bemerkung ab und geht zur Tagesordnung über.

Der vom Abgeordneten Franklin-Bouillon
geforderte Übergang zur Tagesordnung ohne
Billigung der Regierungserklärung wurde mit
310 gegen 267 Stimmen abgelehnt. Damit hat
die Regierung den von ihr gewünschten Sieg
erhalten.

Erfolg der nordmährischen Bauarbeiter.

Lohnabbau abgewehrt.

Der Lohn- und Arbeitsvertrag für das Bau-
gewerbe in den Bezirken M. Schönberg, Wiesen-
berg, Mähr. Mlýnský, Sternberg, Komerstadt,
Moritz, Mähr. Trübau, Mähr. Neustadt, Schö-
nberg, Stadt Trübau und Hof bei Ende Jänner
1931 ab. Die Unternehmer forderten sofort einen
Zwanzigprozentigen Lohnabbau und begründeten diesen
Raubzug mit der Wirtschaftskrise. Es fanden vier
Verhandlungen statt, die aber zu keinem für die
Bauarbeiterschaft annehmbaren Ergebnis führ-
ten. Die Unternehmer ließen keinen Zweifel dar-
über aufkommen, daß sie letzten Endes zum
offenen Kampfe entschlossen sind. Aber auch die
Bauarbeiter ließen sich nicht spotten und schär-
ften ihre Waffen, denn ein Lohnabbau dürfte
unter keinen Umständen erfolgen. Anfangs Juni
d. J. hat die Bauarbeiterschaft ihre Vorbereitun-
gen zum Kampfe beendet und wartet auf das
Signal zum Losschlagen. Ein Teil der Unter-
nehmer erkannte nun den Ernst der Situation
und fing an zu wanken, wodurch die anderen
Unternehmer aus dem Häuschen gerieten. Diesen
Umstand hat nun die freie Gewerkschaft, der Ver-
band der Arbeiter in der Bau-, Stein- und
Keramikindustrie tatächlich ausgenützt und brachte
gegen die Unternehmerorganisation die Lohnfrage
beim Lohnschiedsgericht in Brünn ein und die
Bauarbeiterschaft erhielt die Weisung, abzuwar-
ten! Schon nach einigen Tagen zeigte es sich, daß
unserer Bauarbeiter richtig kalkuliert hatten.
Kampf bei den Unternehmern! Die einen wollten
nicht zum Gericht, die anderen aber wollten aus
Preisgründen nicht nachgeben, waren aber
ratlos. In dieser für die Unternehmer verwickel-
ten Situation meldeten die Komerstädter Unter-
nehmer ihren Austritt aus der Unternehmerorgani-
sation an. Der Unternehmerverband erhielt
dadurch einen argen Miß, zumal auch die Bau-
unternehmer der Bezirke Stadt Trübau und Hof
gegen den Unternehmerverband eingestellt sind.
Die Verhandlung beim Lohnschiedsgericht fand
am 9. Juni l. J. unter dem Vorsitz des Herrn
D. G. R. Dr. Janoušek statt. Die Klage ver-
traten unsere Genossen Káblík (Mähr.-Schön-
berg) und Bureš (Kágerndorf). Den Unter-
nehmerverband vertrat Herr Dr. Bizon (Brünn).
Nach durchgeführtem Beweisverfahren und nach
Entgegennahme der Vorträge der Parteivertreter
bericht der Zentral in gesondeter Sitzung und ver-
lündete dann durch seinen Vorsitzenden das Er-
kenntnis, daß der abgeleitete Lohnwert zu
verändern bis 31. Dezember 1931 weiter zu gelten
habe. Durch diesen gerechten Zugewinn ist ein
Kampf vermieden worden und die Bauarbeiter
sind um eine Hoffnung ärmer. Dazu noch die
Spaltung in ihrem Verbände. Die Bauarbeiter
werden diesen Sieg agitatorisch zur Mitglieder-
werbung ausnützen.

Rückgang der kommunistischen Partei Som-
merwahl. In der letzten Zeit sind, nach kom-
munistischen Meldungen, aus der kommunistischen
Partei Sommerwahl 180.447 Personen aus-
getreten. Außerdem sind freiwillig
ausgetreten: 188.185.

Demission des Kabinetts Ender.

Wien, 16. Juni. (Eigenbericht.) Heute um halb sechs Uhr abends hat
die Regierung Ender beschlossen, dem Bundespräsidenten ihre Demission zu
überreichen. Der gestrige Ministerrat hat nämlich beschlossen, die Haftung für
achtzig Millionen Dollar, das sind 560 Millionen Schilling (2300 Millionen
Kronen) für die Forderungen der Auslandsgläubiger zu übernehmen. Der
Innenminister, der Landbändler Winkler soll vor dem Ministerrat dagegen
protestiert haben, daß Oesterreich die Haftung für eine so riesige Summe über-
nehme. Heute mittags meldete er seine Demission an. Darauf berief der
Bundeskanzler einen Ministerrat ein. Die Situation wurde dadurch er-
schwert, daß bekanntlich der Geheimminister Baugoin auf Urlaub ist. Um halb
sechs Uhr trat der Ministerrat zusammen und beschloß nach fünf Minu-
ten die Gesamtdemission. Der Kanzler begab sich zum Bundespräsi-
denten. Die Regierung wird, soweit sie noch besteht, voraussichtlich mit der
Fortführung der Geschäfte betraut werden, während gleichzeitig Verhandlungen
mit den Parteien eingeleitet werden.

Das Kabinett Ender war der letzte Versuch der österreichischen Bourgeoisie,
mit ihren eigenen Kräften und gegen die Sozialdemokratie ein Land zu regieren,
dessen Wählererschaft beinahe zur Hälfte sozialdemokratisch stimmt. Wenn auch
Ender den Kurs Seipel-Baugoin nicht einfach weiter steuerte, so hat er doch
keinen Bruch mit ihm vollzogen. Die Anschläge auf die Sozialpolitik, auf die
Gemeinde Wien, die Provokationen der Arbeiterschaft wurden fortgesetzt, Bau-
goin und Straßella blieben im Amt. Den ersten Stoß erlitt das Kabinett
durch den Rücktritt des Fürsorgeministers Kersch, der die einseitige Ab-
kehrung seiner „Reformen“ durch die Arbeiterkammern mit der Demission be-
antwortete. Dann fiel Straßella und mit ihm Baugoin, dessen Urlaub
auch die Einleitung der Demission bedeutete. Der Justizminister Schürff trat
zurück, als die Großdeutschen sich weigerten, für die Kürzung der Beamtenge-
hälter zu stimmen. Der Bruch der Kreditanstalt hat die Lage völlig unhaltbar
gemacht. Die Maßnahmen des Kabinetts Ender waren unzureichend, sie
konnten der Opposition nicht das Vertrauen abringen, dessen die Regierung
bedürft hätte. Gestern ging die „Arbeiter-Zeitung“ mit äußerster Schärfe gegen
die Regierung vor. Zugleich rückten die Landbändler ab und auch von Seiten
der Heimwehren droht eine neue Rebellion. Wenn die österreichische Bour-
geoisie nicht das letzte auf's Spiel setzen und den Stoß um den Rest von Sou-
veränität bringen will, wird sie sich entschließen müssen, mit dem bisherigen
System zu brechen und zu ganz neuen Mitteln zu greifen.

Priemer gegen die „Schuldtragenden“.

Wien, 15. Juni. Wie die Pressestelle des
Heimatschutzverbandes Oesterreich meldet, hat
Bundesführer Dr. Priemer am 11. Juni d. J.

die Entzugsgelder für ein Volksgehörn über
den Erfolg eines Gesetzes betreffend die Schadens-
wiedergutmachung und Haftung der Schuld-
tragenden im Falle der Kreditanstalt auf-
legen lassen.

Keine Reichstageseinberufung.

Zugeständnisse Brünnings an die Sozialdemokratie.

Berlin, 16. Juni. Im Kellertentrat des Reichstags wurde heute mittag die vor-
zeitige Einberufung des Reichstagsplenums gegen die Stimmen der Nationalsozia-
listen, der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei
und des Landvolks abgelehnt, da die Mandatszahl dieser Parteien nicht die Hälfte
der Reichstagsgröße, nämlich 289, sondern nur die Zahl 265 erreicht.

Berlin, 16. Juni. (Eigenbericht.) Die
sozialdemokratische Reichstagsfraktion war am
Dienstag den ganzen Tag über im Reichstag ver-
samlet, um zu den Anträgen auf Einberufung
des Reichstages Stellung zu nehmen. Zunächst
wurde beschlossen, die Einberufung des Haushalts-
ausschusses des Reichstages zu verlangen, um
dort die Möglichkeiten der Verbesserung der Not-
verordnung zu prüfen.

Nach der ersten Sitzung des Kellertentates
um 12 Uhr gab der Reichskanzler den Vertretern
der sozialdemokratischen Fraktion Erklärun-
gen zur Notverordnung ab, aus denen
hervorging, daß die Reichsregierung bereit ist,
bei den Ausführungsbestimmungen für die Mil-
derung von Härten Sorge zu tragen. Von
entscheidender Bedeutung für die Haltung der
sozialdemokratischen Fraktion war eine weitere
Erklärung des Reichskanzlers, er sei bereit, unter
der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamt-
ergebnis nicht gefährdet werde, die Verhandlung-
en mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzu-
setzen. Er sei auch gewillt, im gegebenen Zeit-
punkt der Einberufung des Reichs-
haushaltsausschusses zuzustimmen
und an seinen Arbeiten mitzuwirken.

Angesichts dieser Erklärungen sah die so-
zialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden
Beschluss:

„Nachdem die Regierung sich zur alsbal-
digen Aufnahme von Verhandlungen zur Neu-
änderung der Notverordnung bereit erklärt hat,
nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der
Einberufung des Haushaltsausschusses ange-
sichts der bedrohlichen Finanz- und Wirt-
schaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Ab-
stand.“

Für diesen Beschluss der Reichstagsfraktion
waren noch folgende Erwägungen bestimmend:
Wenn das Kabinett gestürzt worden wäre, so
wären die Heberweisungen des Reichs an die
Länder in Frage gestellt worden und man hätte

damit rechnen müssen, daß am 1. Juli die Aus-
zahlungen der Gehälter, Renten und Unter-
stützungen mindestens zum Teil eingestellt
worden wären. Außerdem sind in den letzten
Tagen bereits so viele kurzfristige Anleihen ge-
ständig oder schon zurückgezogen worden, daß viel-
leichte die Zahlungen hätten einstellen
müssen. Seit etwa vierzehn Tagen sind rund
eine Milliarde Goldmark ins Ausland abge-
flohen. Trotzdem die Reichsbank den Diszont er-
höht hat, war zu befürchten, daß auch dieses
Mittel den weiteren Geldabfluß nicht verhindern
hätte. Es wären also weitgehende Kredit-
einsparungen erfolgt, um die Währung
überhaupt noch zu halten. Das alles hätte schon
in kürzester Zeit eine katastrophale Lage auf dem
Arbeitsmarkt hervorgerufen.

Auch politisch wären schwerste Verwicklungen
zu erwarten gewesen. Eugenberg und Hitler stan-
den schon bereit, um die Herrschaft zu über-
nehmen und eine Diktatur über Deutschland zu
errichten. Das erste wäre der Erlaß neuer Not-
verordnungen gewesen, die die jetzige noch wei-
ter übertrieben hätten.

Jetzt hat die Sozialdemokratie erreicht, was
sie zunächst erzielen wollte, nämlich auf dem Ver-
handlungswege die Beseitigung der größten Här-
ten der Notverordnung zu erreichen. Die heutige
Erklärung des Reichskanzlers bezieht sich auf
die jugendlichen Arbeitslosen unter
21 Jahren, die aus der Arbeitslosenversicherung
herausgenommen werden sollten. Es ist zuge-
standen worden, daß sie auch weiterhin Unter-
stützung erhalten sollen und daß man bei der
Frage der Bedürftigkeit ohne Härten vorgehen
soll. Den Gemeinden wird für Unterstützungszwe-
cke zugleich eine größere Summe überwiesen.
Auch für die Gemeindearbeiter sollen Erleichter-
ungen gegenüber der Notverordnung geschaffen
werden.

Damit hat die Sozialdemokratie wenigstens
einen Teilerfolg erzielt. Die Verhandlung-
en über die weiteren Abänderungen sollen im
August beendet sein.

Schmutzige Wäsche.

Gestern wurde dem vom Abgeordneten-
haufe wegen der Beschuldigungen des Abgeord-
neten Dr. Stránský gegen den Abgeordneten
der faschistischen Liga, Georg Stránský einge-
setzten Untersuchungsausschuß der Bericht des
Ausschußreferenten vorgelegt. Man wußte, daß
gestohlen, bestochen, genommen wurde, genom-
men, was nicht niet- und nagelfest war, den-
noch wird der Bericht wie eine Bombe wirken.
Sein Inhalt bedeutet einen Skandal von
europäischem Umfang. Was und wie gestohlen
wurde, geradezu am helllichten Tage, von
einem, der eine Zeitsang sogar stellvertreten-
der Ministerpräsident war, das hat überdimen-
sionelle Maße. Auch wenn es weniger wäre,
es gehörte selbst dann nicht einfach in das Ka-
pitel menschlicher Schwäche und moralischer
Unzulänglichkeit eines Einzelnen, der Skandal,
der hier aufgedeckt wird, ist auch keineswegs
eine rein häusliche Angelegenheit gewisser
tschechischer Parteien oder des tschechischen
Volkes, denn den Schaden trägt die Gesamt-
heit und vor dem Richterstuhl der Deffentlich-
keit steht darum nicht bloß der eine Mann,
sondern ein System, als dessen Symbol bis
in unsere Tage das Geßes zum Schutze der
persönlichen Ehre hereinragt. Georg Stránský
ist einer derjenigen, zu deren Schutze dieses
Geßes seinerzeit gemacht werden mußte, die
unter seinem Dache gesichert vor allen An-
griffen der Presse ihr sauberes Handwerk be-
treiben konnten, ungestört, unbelästigt und den
man zu entlarven erst dann für gut befand,
als er gewissen politischen Faktoren un bequem
wurde.

Der Fall Stránský ist der typische Fall
des durch Mißbrauch der politischen Macht zu
Reichtum gelangten Emporkömmlings. Er ist
auch typisch für die Entstehung der Klasse der
Neureichen und der Losjagden von Amts-
wegen künstlich aufgeschichteten neuen Bour-
geoisie. Die Idee der nationalen Befreiung
war für das tschechische Bürgertum und jene,
die in seiner Reichschaft waren, gleichbedeu-
tend mit der Parole: bereichern wir uns! Mit
schrankenloser und durch lange Zurückdrän-
gung gesteigerter Gier ergriff es die Macht,
an deren strapelloser Ausnützung es sich
nicht im geringsten hindert hat und es be-
sah hinreichend robustes Gewissen, sie rüd-
sichtslos zur persönlichen Bereicherung zu ver-
wenden. Die Historie des Aufstiegs dieser
Machtklasse hat noch nicht ihren Geschichts-
schreiber gefunden. Sie unvoreingenommen
und wahrheitsgemäß zu schreiben, würde ein
Dokument bürgerlicher Kultur ersten Ranges
zutage fördern. Dieser Aufstieg, seine Schnel-
ligkeit und die Mittel, mit denen er bewerk-
stelligt wurde, sie stehen wohl einzig da. Die
deutsche Bourgeoisie ist gewiß nicht aus an-
derem Holze gemacht, aber ihr fehlte nach dem
Kriege ebenso die Gelegenheit wie die Macht.
So fielen denn die Früchte der Macht nur
einem Teil der Bourgeoisie, der tschechischen,
zu. Und sie verstand zuzugreifen. Unter den
nationalistischen Schlagworten, mit denen die
Herrschaft dieses Teiles der Bourgeoisie zu ver-
leiden gesucht wurde, war auch das der Ent-
österreichung. Auf dem Gebiete der gewissen-
losen Machtausnützung und der Korruption ist
es der neuen Bourgeoisie restlos gelungen,
dieses Ziel zu erreichen. Im übrigen ist sie
allerdings nur noch tiefer in das alte, das
älteste Oesterreich hineingerutscht.

Bis zum Umsturz besaß Georg Stránský
so gut wie nichts und ebenso — denn hier
liegt ein Kompagniegeschäft vor — sein Bru-
der Franz. Dann wurde Georg als einer der
„Befreier“ selbstverständlich Minister und da-
mit brach für die Familie die goldene Zeit an.
Wie Georg die übrigen Ressort der Staatsver-
waltung betreute, das liegt im Dunkeln, aber
dreimal war er Eisenbahnminister und obwohl
er vom Eisenbahn- und Verkehrsweesen ebenso
viel verstand, wie eine Kuhmagd von der Re-
lativitätstheorie, konnte er sich doch gut aus-
känlich im Nehmen, in der baren Fruktifi-
zierung seines Amtes, in der Ummünzung sei-
nes Einflusses in klingende Münze. Das heißt,

Arbeitszeit im Bergbau angenommen.

Genf, 16. Juni. Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz hat heute in erster Lesung den Entwurf einer Konvention über die internationale Regelung der Arbeitszeit in Kohlenbergwerken mit einer Mehrheit von 67 Stimmen gegen 16 Stimmen angenommen. Das Ergebnis wurde von den Arbeitnehmervertretern und einem Teil der Regierungen mit großem Beifall aufgenommen.

Die entscheidende Schlussabstimmung, bei der zur Annahme des Abkommens eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, wird erst am Montag erfolgen. Die endgültige Annahme der Konvention scheint gesichert.

Der Antrag, daß die Konvention auf die Ueberseestaaten keine Anwendung finden und daß für die Regelung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken der Ueberseestaaten eine besondere Konferenz im nächsten Jahre einberufen werde, wurde mit 89 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

er selber nahm nicht, das besorgte für beide sein würdiger Bruder Franz im übertragene Wirkungskreis. Keine Kohlenlieferung durfte anders als durch Franzens Hände gehen und jedesmal blieben die Spuren dieser Tätigkeit in seinen Händen in der Form der entsprechenden Anzahl von Banknoten zurück. Das Eisenbahnministerium war jahrelang solchermaßen das Privatgeschäft der Brüder Stránský und ein gutgehendes. Da gab es Provisionen von ein paar Hunderttausenden, von einer, von zwei und von fünf Millionen — dem simplen Staatsbürger schwindelt ob der Ziffern, die ihm vor den Augen tanzen und aus denen mosaikgleich der Reichtum der Familie Stránský zusammengesetzt wurde. In einer Familie gibt es auch Schwäger und iontliche Anverwandte, die nicht minder verlorat sein wollen, gut verlorat, wie es sich für die Angehörigen eines Ministers gehört. Stránský weiß, was seine verwandtschaftliche Pflicht ist und er schenkt den hungrigen Schwägern gute Verdienst- und Bereicherungsmöglichkeiten zu, dafür sieht er sich zum Dank eines Tages in den Besitz einer prächtigen und wohlgeordneten Villa, die wie vom Himmel herabgeschneit ist, geht. Unter Umständen kann die Eisenbahn eine Goldgrube sein und für die Familie Stránský war sie es, allerdings wurden in derselben Zeit tausende, zehntausende deutscher Eisenbahner auf Pflaster gelegt und gegenwärtig ist die Eisenbahnverwaltung so weit, daß sie ein tägliches Betriebsdefizit von zwei Millionen aufweist.

Jrgendjemand hat einmal gesagt, man würde staunen, wenn man erführe, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird; wir dürfen hinzufügen: und mit wie wenig Anständigkeit! In dem allgemeinen Bereicherungsaumel, der der Wachtgreifung der tschechischen Bourgeoisie wie die Flut der Ebbe gefolgt ist, hat Stránský gestohlen, nicht wörtlich, aber was ist es anderes als Diebstahl an der Allgemeinheit, wenn Provisionen genommen werden, deren Kosten von den Lieferanten bei der Qualität des Gelieferten wahrscheinlich hereinzubringen getrachtet und denen gegenüber vermutlich mehr als in Auge zugebrückt wird. Herr Georg Stránský sucht sich gegen die wider ihn erhobenen Anklagen damit zu verteidigen, daß er behauptet, nicht der einzige gewesen zu sein, der durch die Politik reich geworden ist. Und wenn man ihm auch sonst nichts zu glauben geneigt ist, das wird jeder für bare Münze nehmen. Was übrig bleibt, das ist die Frage, wieso es kam, daß Stránský seine schmutzigen Geschäfte jahrelang betreiben konnte, ohne daß er darin gestört wurde. Zum mindesten im Eisenbahnministerium wird es doch unter den höheren Beamten solche gegeben haben, die nicht ganz ahnungslos gewesen sein dürften. Und unter den näheren und ferneren Freunden, den Gesinnungsgenossen: gab es da niemanden, dem der wachsende Reichtum der Familie Stránský auffiel und der die Quellen kannte, aus denen er floß?

Das vom Untersuchungsausschuß dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Material ist erdrückend und in jedem anderen Lande müßte ein Mensch, dem solche Schuld nachgewiesen wird, augenblicklich aus dem politischen Leben verschwinden. Ob das bei Georg Stránský der Fall sein wird, bleibt noch dahingestellt. Jedenfalls gibt er, auf die Blüten der Anderen spekulierend, sein Spiel noch nicht verloren. Auch er kündigt Enthüllungen an und er schreibt an einer umfangreichen Broschüre. Er erleidet ein wohlverdientes Schicksal, aber wird man gegen alle, die unter Mißbrauch ihrer politischen Macht zu Beif gekommen sind und von denen Stránský behauptet, daß es ihrer viele sind, mit der gleichen Schärfe vorgehen? Auswischen — das wäre ein löblicher, erfreulicher Voratz, aber auf den einen Stránský beschränkt gleiche seine Betätigung mehr einem politischen Racheakt, denn einer wirklichen Aufwahrung moralischen Empfindens.

Die geschäftstüchtigen Brüder Stránský.

Der Bruder des Eisenbahnministers erpreßt Millionenprovisionen — Aufklärung des Mutějoviger Lieferungsstandals. — Der Prager Uhrmacher als Waggonlieferant.

Der Bericht des Referenten an den Ausschuß.

Prag, 16. Juni. Im Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses erlatete heute der Referent Genosse Koudelka nach einer einleitenden Rede des Vorsitzenden Dr. Stránský ein vierstündiges Referat über das Ergebnis der Untersuchung der verschiedenen Stránský-Affären, das wir nachfolgend in einem knappen Auszug veröffentlichen. In seinem Schlusswort beantragte er für das Plenum des Hauses folgenden Schlufantrag:

1. Der Bericht des Untersuchungsausschusses wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Abgeordnetenhau beschließt, das Ergebnis der Untersuchung den zuständigen Behörden abzugeben.
3. Das Abgeordnetenhau fordert die Regierung auf, an die beschleunigte Verhandlung und Durchführung des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit zu schreiben.

Anlaß zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses gab bekanntlich eine Rede des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Stránský im Parlament am 13. Feber d. J., in der er den Abg. Stránský beschuldigte, bei der Verwaltung eines bestimmten Ministeriums (des Eisenbahnministeriums) so vorgegangen zu sein, daß er seine Verwandten reich wurden, und daß er sein Abgeordnetenmandat mißbraucht habe, um für materielle Interessen von Leuten zu intervenieren, die ihm nahestehen. Stránský hatte hinzugefügt, er sei überzeugt, daß Stránský eines Tages vor das Tribunal gestellt werden wird, nicht wegen Presse- oder politischen Delikten, sondern für all das, was er getan hat, als er Verwalter des Staates war.

Diese Anschuldigungen Stránskýs, die großes Aufsehen erregten, gaben Anlaß zur Einsetzung eines viergliedrigen Untersuchungsausschusses, der zum Vorsitzenden den tschechischen Agrarier Dr. Stefanek, zum Referenten den tschechischen Sozialdemokraten Koudelka wählte. In einem Brief vom 21. April an Koudelka konfeßierte Dr. Stránský seine Beschuldigungen in acht Punkten. Der Untersuchungsausschuß beauftragte am 24. April den Vorsitzenden und den Referenten, im Sinne der Geschäftsordnung die Stichhaltigkeit dieser Anschuldigungen zu prüfen und dann dem Ausschuß einen Bericht vorzulegen.

Nach abgeschlossener Untersuchung legte nun heute der Referent Koudelka dem Ausschuß einen über 150 Seiten starken Bericht vor, der für Stránský einfach katastrophal

ist. Wir besprechen die politische Seite der Angelegenheit an anderer Stelle und geben deshalb im folgenden nur den Ausschußbericht in einem knappen Auszug ohne Kommentar wieder. Der Bericht basiert auf der Einvernahme von 69 Zeugen und auf den Gutachten von zwei Sachverständigen des Bankfaches und eines Sachverständigen des Kohlenfaches.

Die Beschuldigungen Stránskýs

lauten wie folgt:

1. Stránský hat als Eisenbahnminister sein Amt so verwaltet, daß sein Bruder Franz dabei gegen 20 Millionen an Provisionen verdient hat, die ihm die Kohlenlieferanten der Staatsbahnen zahlten.
2. Stránský hat als Eisenbahnminister im Jahre 1923 Beihilfe zu unkorrekten Manipulationen bei der Lieferung der sogenannten Rostkohle geleistet, die während des Bergarbeiterstreiks den Staatsbahnen geliefert wurde, und zwar gleichfalls zum Vorteil seiner Verwandten und vielleicht auch zum eigenen Vorteil.
3. Stránský hat als Eisenbahnminister Unkorrektheiten ermöglicht und gedeckt, die zum großen Schaden des Eisenbahnbauers in Deutschland geschahen.
4. Aus vertrauenswürdigem Quelle erhielt ich die Nachricht, daß Stránský im Jahre 1919 als Postminister staatliches Eigentum (sein Dienstant) veräußert und zur Deckung seiner Privatguthaben verwendet hat, das er zwar nach einigen Stunden selbst auslöste, das aber doch in der Zeit des Verlaßes dem Staat veruntreut war.
5. Stránský hat als Abgeordneter eine Belohnung für seine Intervention beim Eisenbahnminister angenommen.
6. Stránský hat sich für die Sanierung der Genossenschafts-(Diskont-)Bank aus dem staatlichen Sanierungsfonds auf Grund einer unrichtig aufgestellten Bilanz eingeleitet und aus dieser zu Unrecht erheblichen Sanierungs Vorteil gezogen.
7. Stránský hat seinen Verwandten und Freunden vorbereitete Maßnahmen der Staatsverwaltung mitgeteilt, um ihnen die spekulative Anreizung dieser Informationen zu ermöglichen.
8. Stránský hat als Minister Staatslieferungen zur systematischen Bereicherung seiner Verwandtschaft vergeben und wurde dafür von reich gewordenen Verwandten entlohnt.

Zu den bereits zum Teil bekannten Provisionsgeschichten des Bruders Stránskýs führte Dr. Stránský an:

Als im Herbst 1923 das Offertverfahren für

Die Kohlenlieferungen an die Staatsbahnen

durchgeführt wurde, gab Minister Stránský dem

Sektionschef Ing. Cerný den Auftrag, das Verzeichnis der Offerten und ihrer Angebote durch den Oberbauat Halil dem Bruder des Ministers Franz Stránský in die Genossenschaftsbank zu schicken,

was auch geschah. Franz Stránský hatte dieses Verzeichnis einige Tage bei sich und hielt in der Bank und auch in seiner Villa in Wien Beratungen mit dem Kohlenhändler Stejskal, dem Oberat Halil u. a. ab. In Wien führte er die Verteilung des ganzen Kohlenkontingents unter die einzelnen Offerten durch. Die Vertreter der offerierenden Firmen ließ Franz Stránský zu persönlichen Verhandlungen in die Bank laden, wobei er ihnen erklärte, es ent falle von den Lieferungen so und so viel auf sie, doch sei es nötig, daß der Offert etwas für die Partei des Ministers beifühere; eventuell sei eine weisliche Erhöhung der Quote möglich, dann sei es aber unerlässlich, daß auch der Beitrag des Offerten diesem Entgegenkommen entspreche. Bei den Verhandlungen über diese Verteilungsgelder habe Franz Stránský daraus gar kein Geheimnis gemacht und das Geld sehr energisch angefordert. Diese Provisionen betrugen 20 bis 40 Heller pro Zentner Kohle. Ein Teil wurde der Diskontbank zugewiesen (in der Franz Stránský im Verwaltungsrat entscheidenden Einfluß hatte) und von ihr dann

auf das Privatkonto der Brüder Franz und Georg Stránský überwiesen.

ein Teil für die Kohlenabteilung derselben Bank, der dann ebenfalls dem Franz Stránský übergeben wurde. Erst nach den Abmachungen über die Provision stellte Franz Stránský — nach der Höhe der Provisionen — das ganze Kontingent zusammen, übergab das Laborat durch den Oberat Halil dem Sektionschef Cerný und daraufhin untertrieb Minister Georg Stránský die Lieferungsvergütung. Durch spätere Vereinbarungen habe sich Franz Stránský die Lieferanten verpflichtet, ihm auch bei allen späteren Lieferungen die gleiche Provision zu bezahlen. Der Gewinn wurde zwischen Franz Stránský und Stejskal, der die Beziehungen mit den Lieferanten vermittelte, geteilt. Seinen Anteil verwendete Franz Stránský einerseits für seine eigenen Geschäfte, andererseits für seinen Bruder Georg, dem er das Dispositionsrecht über das erwähnte Privatkonto bei der Genossenschaftsbank einräumte. Auf das Konto „Frantisek Sellovsky“ wurden aus den Provisionen 1,6 Millionen Kronen neben einer Reihe anderer Provisionen. Die Behauptung, daß der Ertrag dieser Provisionen der nationalsozialistischen Partei abgeführt wurde, entspricht nach Dr. Stránský nicht der Wahrheit.

Der Ausschußbericht führt nun eine ganze Reihe von Zeugnisaussagen an, aus denen hervorgeht, daß das Verzeichnis der Lieferungen tatsächlich dem Franz Stránský in die Diskontbank geschickt wurde, daß der Minister Stránský in die Lieferungsvergütung dadurch eingriff, daß er der Kohlenabteilung der Genossenschaftsbank das Lieferungsquantum beträchtlich erhöhte. Der Zeuge Josef Janedel, in dessen Gegenwart die Verhandlungen mit den Lieferanten stattfanden, erklärt, daß Franz Stránský deutlich zu verstehen gab, daß

je mehr sie geben, sie einen desto größeren Anteil an der Lieferung bekommen;

das sei nur möglich gewesen, weil der Bruder Stránskýs Eisenbahnminister war. Die Beamten im Ministerium hatten bei den Verhandlungen mit den Kohlenfirmen einen schweren Stand, da sie mußten, daß die Konzerne schon von vornherein mit dem Bruder des Ministers über Provisionen und Preisvereinbarungen getroffen haben. Der Zeuge Franz Stejskal, der früher die rechte Hand Franz Stránskýs war, sich aber später mit ihm zerstritten, bestätigt gleichfalls, daß Stránský gegenüber den Lieferanten mit einer diktatorischen Seite auftrat. Stejskal selbst erhielt als Ertrag für eine stützige Umkaufsteuer durch Vermittlung des Finanzministeriums im Jahre 1925 einen achtjährigen Lieferungsvertrag vom Eisenbahnministerium, der sein Kohlenkontingent von 120.000 auf 180.000 Tonnen erhöhte; dafür zahlte er Franz Stránský an Provision 2 Millionen in bar und 2 Millionen in Aktien aus. Der Zeuge glaubt, daß Franz Stránský in den Jahren 1923 bis 1926 etwa 17 Millionen Kronen an solchen Provisionen erhielt. Eine ganze Reihe von Vertretern der Kohlenfirmen behaupten die Angaben hinsichtlich der Provisionen. Die Verkaufszettel für das Rudnoer Revier gab in drei Jahren 10,5 Millionen an solchen Provisionen aus, die Firma Weymann in Kuffitz bezahlte 4,96 Millionen an Stránský und Stejskal. Auch die Verkaufszettel für das Strauer Gruben wurde unter Bedingungen gezeichnet, in den Jahren 1923 bis 1926 insgesamt 5,8 Millionen an Provisionen zu bezahlen. Die Firma Schlegler in Prag kam mit rund einer Million davon, die Firma Friskel in Kuffitz mit 600.000 bis 700.000 Kronen.

Insgesamt erhielten Stránský und Stejskal aus diesen Lieferungen eine Provision im Betrag von 21.677.000 Kronen.

In die sie sich teilten. Franz Stránský erhielt

außerdem für den achtjährigen Vertrag von Stejskal 4 Millionen für Rudnoer Kohle, 1,5 Millionen für eine Erprobungslieferung, 480.000 Kronen und für die Lieferung der sogenannten Mutějoviger Kohle, von der später noch ausführlich die Rede sein wird, 200.000 Kronen. Insgesamt erhielt Franz Stránský 16.518.000 Kronen; sein wirklicher Gewinn dürfte aber noch größer sein. Die Provisionen wurden auf verschiedenen Umwegen in der Regel auf Privatkontos des Franz Stránský in der Genossenschaftsbank disponiert. Eines dieser Kontos hieß Frantisek Sellovsky; das Verfügungsrecht über dieses Konto hatten Franz Stránský und Georg Stránský, und zwar jeder einzeln.

Franz Stránský erklärte bei der Einvernahme, daß der Staat durch diese Provisionen keinen Schaden erlitten habe; die Provisionen hätten die nationalsozialistische Partei bekommen und er habe sie als Mitglied der Finanzkommission der Partei eingehoben. Georg Stránský erklärte bei der Einvernahme, von diesen Provisionen nichts gewußt zu haben; auch den Auftrag, das Lieferungsverzeichnis seinem Bruder zu schicken, will er nicht gegeben haben. Wenn Franz Stránský, so heißt es in dem Bericht weiter, angibt, daß von diesen Geldern 3 bis 4 Millionen über das Konto des nationalsozialistischen Generalsekretärs Sale, 2 Millionen an einen gewissen Zubarský und 2 Millionen für Wohlworte an seinen Bruder gegangen seien, so sei das weder eine Wertschätzung über die ganzen Provisionen, noch eine Rechtfertigung.

Der Sachverständige erklärt in seinem Gutachten, daß die Lieferungsvergütungen und daß Stránskýs Ministerhaft sehr viele deutliche Abweichungen von den amtlichen Vorschriften aufweisen, daß in diesen Jahren die Vergünstigung der Kontobehalter Franz Stránský und Stejskal deutlich sichtbar war und daß dieses Konsortium mindestens 20 Millionen an Provisionen erhalten hat, die durchaus überflüssig waren und bestimmt zum Schaden der Staatsbahnen gegeben wurden.

Die beiden Leute hätten sich so benommen, als ob die Staatsbahnen ihr Eigentum wären.

Dem realen Geschäft sei der Weg für Lieferungen direkt versperrt gewesen. Der Ausschußbericht kommt zu folgendem Schluß:

Man muß es als erwiesen ansehen, daß in der Zeit der Amtsführung Georg Stránskýs im Eisenbahnministerium vom 7. Oktober 1922 bis 20. Juli 1927 von Franz Stránský und Stejskal eine große Aktion zur Ausbeutung der Kohlenlieferungen an die Staatsbahnen durch Provisionen organisiert wurde, die durch den politischen Einfluß im Eisenbahnministerium und durch die Verwandtschaft mit dem Minister begründet wurden und daß Millionenbeträge aus diesen Provisionen zur Deckung des privaten Bankkontos der Brüder Stránský verwendet wurden, die für die politischen und privaten Bedürfnisse der beiden, also auch des Abgeordneten Georg Stránský, Verwendung fanden.

Die Mutějoviger Kohle.

Dr. Stefanek führt hierzu an, daß während des Bergarbeiterstreiks im Herbst 1923 Eisenbahnminister Stránský den Ministerat anzeigte, daß die Bahnen nur für einige Tage Kohle haben, und so die Zustimmung der Regierung erlangte, ausländische Kohle anzukaufen, obwohl das Ministerium einen Monat vorher ausdrücklich erklärt hatte, genügend Vorräte zu besitzen. Kurz vorher habe Stránský, der Mitbesitzer der Gruben in Mutějovic und außerdem Gesellschafter der Firma „Austroböhmische Kohlenabbaugesellschaft in Wien“ war, sich erbötig gemacht, daß die Austroböhmische Staatsbahnen Kohle aus den Vorräten der österreichischen Bundesbahnen liefern werde. Franz Stránský sprach darüber mit seinem Bruder und dieser gab Auftrag, diesbezüglich zu verhandeln. In Wien wurde mit den österreichischen Staatsbahnen verhandelt, die sich zu Lieferungen bereit erklärten. Der zweite Gesellschafter der Austroböhmischen, August Wittenhofer, verhandelte in Prag in der Diskontbank mit Franz Stránský über die Provision. Dieser verlangte eine Million mit der Begründung, daß er sie mit seinem Bruder Georg teilen müsse. Wittenhofer willigte schließlich ein und übergab 300.000 Kronen dem Franz Stránský als Vorbehalt. Erst dann wurde der Vertrag unterschrieben, in dem sich die Austroböhmische verpflichtete, den Staatsbahnen in nächster Zeit 120.000 Tonnen ausländische Kohle zu liefern. Geleitet wurden insgesamt während des Streiks nur 40.000 Tonnen, zum Teil aus den Vorräten der österreichischen Bundesbahnen, englische Kohle über Hamburg (höchstens 400 Waggons), österreichische Kohle auf dem Umweg über Teitreich und schließlich Kohle aus Mutějovic, wo mit Zustimmung des Streikausschusses gearbeitet werden durfte; diese Kohle wurde nach der Grenzstation Goepprich in Oesterreich an die Adresse der Staatsbahn angeführt und von dort wieder in die Tschechoslowakei zurückgeführt.

Diese Kohle wurde zur Verbeimlichung ihres Ursprungs als englische Kohle bezeichnert und als solche in Pfunden fakturiert.

Ein Teil davon wurde zu Preßen fakturiert, die für echte englische Kohle damals gezahlt wurde, nämlich 41.10 K pro Zentner und außerdem 30 K Pracht als Trieb. Ein anderer Teil wurde wie die Kohle von den österreichischen Bundesbahnen mit einem Zuschlag von 3,5 Prozent berechnet. Die streife Kontrolle im Eisenbahnministerium bewar

stündete eine Faktura, in der Rudzibier Kohle als englische verzeichnet war. Der Vorstand Ceceny meldete dies persönlich dem Eisenbahnminister, der fertigte ihn aber scharf ab, er solle sich nicht hereinlassen. Der Minister verständigte aber seinen Bruder, dieser wieder den Direktor der Grube und schließlich wurde die betreffende Faktura von der Staatsbahndirektion Prag-Kord gegen eine neue ausgetauscht, in der der Preis richtiggestellt war. Solcher Rechnungen gab es im ganzen aber sehr viele. In allen anderen Fällen gelang das Geschäft. Als der Streik beendete war, hatte die Austrobohämische nur 40.000 Tonnen geliefert, das Geschäft mußte horkiert werden, weil Klagen über die schlechte Qualität der Kohle von allen Seiten eintrafen und außerdem Gefahr bestand, daß die internationalen sozialdemokratische Presse davon erfuhr. Aus diesem Grunde konnte auch keine Entschädigung für das Storno gezahlt werden. Da aber Franz Stiborny auf seiner Provision bestand, wurde schließlich ein Kompromiß dahin gefunden, daß man der Prager Eisen für die Jahre 1924 und 1925 das Lieferungsvermögen um je 120.000 t erhöhte. Die Provision hierfür lieferte Stiborny ein, der Franz Stiborny davon 1,5 Millionen abtrat. So weit gehen die Beschuldigungen Stranfsky's.

Der Ausschussbericht führt nun an, daß Sektionschef Ceceny bestätigt, daß die Initiative zur Deklaration der Rudzibier Kohle als ausländischer vom Minister Stiborny ausging, der von Anfang an den ganzen Man eingeweiht war. Vor Zeugen wird weiter bestätigt, daß der Minister Stiborny die Untersuchung der falschen Faktura der alten Kontrolle abnahm und sie der Rechtsabteilung des Ministeriums übergab. Der Referent nachschauen erklärt, sein Vorstand Ceceny habe ihm unter vier Augen erklärt, der Minister wüßte nicht, daß man in der Sache etwas unternahme. Blauenhofer, der Geschäftsführer der Austrobohämischen, erklärt, daß Franz Stiborny ursprünglich 2 bis 3 Millionen an Provision haben wollte. Für den Vertragsvertrag habe Franz Stiborny von Stiborny 400.000 K Provision erhalten.

Georg Stiborny erklärte hierzu, daß Sektionschef Ceceny diese Rohmaterialien beantragt habe und daß er nicht gemußt habe, daß Stiborny hier die Hand am Spiel habe. Das widerspricht, wie der Bericht anführt, der Wahrheit, da Ceceny und Stiborny

bestätigen, daß der Minister von all dem wußte. Auch andere Widersprüche in den Aussagen Georg Stiborny's werden in dem Bericht festgestellt.

Nach dem Bericht der Sachverständigen hätte das Eisenbahnministerium den Lieferungsvertrag nach dem Streik ohne Entschädigung horkieren können, da die Lieferungsfrist nicht eingehalten wurde. Georg Stiborny erklärte, er habe auf der Aufhebung dieses Vertrages bestanden und habe seinen Heller Entschädigung zahlen wollen. Durch sein Einschreiten sei Stiborny so geschädigt worden, daß die Gesellschaft bald vertriebe. Auch will er seine Einwilligung zu dem Vertragsvertrag gegeben haben. Diese Aussage entspricht, wie der Bericht feststellt, nicht der Wahrheit. Sektionschef Ceceny laut ausdrücklich aus, daß der Minister zu dem Vertragsvertrag die Anregung gab und mit der beteiligten Lösung einverstanden war. Zum Beweis legte der Sektionschef ein Formvermerk vor, in dem eine Eintragung vom 31. Oktober 1923 verzeichnet ist. Darin steht, daß für das Storno Stiborny durch eine geheime Abmachung die Erhöhung seines Kontingents für 1923 und 1924 erhöht. Neben dieser Anmerkung stehen die eigenhändigen Anmerkungen: „Ich nehme an, — Franz Stiborny, und dann weiter“ „Stiborny“. Damit ist die Behauptung Georg Stiborny's widerlegt, daß er von der Erhöhung nichts wußte.

Der Ausschussbericht kommt zu dem Schluß, daß die politische Verantwortung Georg Stiborny's als Eisenbahnminister für dieses Kohlengeschäft, das mit so diffamierenden Begleiterscheinungen verbunden war, unabweisbar ist. Unabweisbar ist auch, daß kein Bruder aus diesem Geschäft Hunderttausende an Provisionen bezog und daß der Staat eine Million Schoden erlitt.

Die Waggonlieferungen aus Deutschland.

Stranfsky beschuldigt Stiborny weiter, daß er als Eisenbahnminister im Jahre 1920 die großen Unachtsamlichkeiten beim Ankauf von Lokomotiven aus Deutschland ermöglichte und dedit. Die Sache war bereits im Rahmen eines Ehrenbeleidigungsprozesses gegen den scheidenden Redakteur Dumo aufgerollt worden. Stranfsky beschuldigt Stiborny, daß er hierbei in seiner Zeugnisaussage verschiedene Umstände ausgeklammert habe. Es handelt sich um den Ankauf von 300 Lokomotiven im Betrage von fast 20 Millionen Mark (die Mark stand damals bei 120 K). Obwohl die Tschechoslowakei damals in Berlin eine Gesandtschaft, ein Konsulat und außerdem eine Amtsstelle des Außenhandelsamtes hatte, wurde diese Warenlieferung unter Umgehung all dieser Stellen

von dem Prager Uhrmacher Zychrowsky vermittelt, der dafür eine Provision von mindestens 7 Millionen K einsteckte.

Zychrowsky wurde vor einiger Zeit wegen falscher Zeugnisaussage verhaftet, weil er in dem erwähnten Ehrenbeleidigungsprozess diese Provision abgelehnt hatte. Der Bericht führt aus, daß diejenigen, die Zychrowsky diese hohe Provision zahlten, annehmen mußten, daß er einen gewissen Einfluß auf den Abschluß dieses Geschäftes ausüben könne. Nach einer Zeugnisaussage hat Zychrowsky selbst behauptet, daß er das Geld brauche, um den Minister und andere einflussreiche Personen im Ministerium dafür zu gewinnen und auf die erstnante Frage des Zeugen Dr. Popst, daß ein Minister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten etwas beratendes machen könne, geantwortet:

„Ich war, der Stiborny, der nimmt auch mit den Augen.“

Georg Stiborny leugnete, Zychrowsky zu kennen — was durch Zeugnisaussagen widerlegt erscheint — und tat sich viel darauf zugute, daß er eine Befreiung des geforderten Betrages um 30 Millionen Kronen durchsetzte, als er von einem gewissen Dr. Oberdorfer aus Berlin telegraphisch darauf aufmerksam gemacht worden war, daß an der Lieferung ungewöhnlich hohe Provisionen verdient würden. Stiborny schreibt sich da das Verdienst zu, dem Staat eine große Summe erspart zu haben. Der Waggonkauf war seinerzeit Gegenstand eines Ministeriales, in dem es zwischen Stiborny und Dr. Engliš zu einem scharfen Konflikt kam. Die Zeugnisaussage des Dr. Engliš gerät allerdings gründlich in die Behauptungen Stiborny's. Georg Stiborny hatte weiters angeführt, daß er sich um die Angelegenheit nicht mehr sehr gekümmert habe, da damals schon die Demission des Kabinetts Tuzar unmittelbar bevorstand. Aus den Akten konstatiert der Ausschussbericht, die aktive Anteilnahme Stiborny's an der ganzen Geschichte und seine persönliche Verantwortlichkeit. Damals im Sommer des Jahres 1920 benötigte das Ministerium angeblich dringend eine größere Waggonlieferung, welche die heimischen Firmen nicht rechtzeitig liefern könnten. Namens eines deutschen Konzerns bot der Prager Uhrmacher Zychrowsky die erwähnte Lieferung an, bei der außer dem üblichen Reingewinn der liefernden Firmen noch

26,5 Millionen K für die verschiedenen Vermittler

abfielen. Stiborny hatte behauptet, daß damals die Waggonpreise in Deutschland viel niedriger gewesen seien und daß der seiner desorbieren Sektionschef und nachmaliger Minister Dr. Duzger den Ankauf sehr betrieben habe. Der Ausschussbericht stellt fest, daß die Preise der Waggons bei uns ziemlich dieselben waren wie in Deutschland und daß die Lieferung lediglich deshalb nach Deutschland verlagert wurde, weil unsere Fabriken nicht zur Zeit liefern konnten. Man hätte mit Hilfe unserer Berliner Stelle mit den Waggonfabriken direkt verhandeln und so die horrenden Provisionen umgehen können. Aus den Aussagen Zychrowsky's, der leugnet, von seiner Provision jemandem etwas abzugeben zu haben, hätte man, wie der Bericht anführt, annehmen können, daß Stiborny ohne größte eigene Schuld nur das Opfer sträflichen Leichtsinnes in der Führung seines Amtes geworden sei. Die Ergebnisse der Untersuchung werfen aber auf den Minister viel dunklere Schatten. Die Unrichtigkeit der Behauptung Georg Stiborny's, daß er sich persönlich um den Vertrag nicht viel gekümmert habe und noch außerdem eine Verabstimmung des Kaufpreises durchgesetzt habe, geht aus dem betreffenden Protokoll des Ministeriales hervor. Stiborny drang dort auf die beschleunigte Erledigung der Angelegenheit, indem er erklärte, sonst die Verantwortung für eine Verkehrtskatastrophe im Herbst obliegen zu müssen. Er stieg aber auf den Widerstand des Finanzministers Dr. Engliš, der ihn überhaupt erst dazu zwang, die Angelegenheit vor den Minister zu bringen, indem er (Engliš) dafür sorgte, daß die geforderte Bankgarantie seitens der Diskontbank abgelehnt wurde. Der Ministerat genehmigte den Kauf im Prinzip, setzte jedoch fest, daß das Finanzministerium zu den Kaufbedingungen seine Zustimmung geben müsse. Engliš war es nun, der erklärte, daß er dem Kauf nicht früher zustimme, als bis die Preise herabgesetzt werden. Engliš erklärte bei seiner Einnahme ausdrücklich, daß Stiborny eine Ermächtigung hätte haben wollen, unmittelbar (also ohne Zustimmung des Finanzministeriums) den Kauf durchzuführen zu können. Engliš habe in dem Ministerat Stiborny zu dem Zugeständnis gezwungen, daß er einen bestimmten Vertrag schon vorbereitet und vielleicht auch schon unterschrieben hat. Aus der Aussage eines Beamten geht auch hervor, daß der Vertrag mit Zychrowsky schon vor dem erwähnten Ministerat abgeschlossen und schon am zweiten Tag nachher von Stiborny unterschrieben wurde. Stiborny hat sich also nicht an die Beschränkung des Ministerates gehalten, die Modalitäten des Kaufes mit dem Finanzministerium zu verhandeln. Der Bericht führt eine ganze Reihe von Momenten an, die dafür sprechen, daß der Minister Zychrowsky kennen mußte. Zychrowsky erfuhr von irgend jemandem von dem scheidenden Oberdorfer und fuhr nun Oberdorfer und einen Berliner Geschäftsmann namens Kufsch, den er hinter der Sache vermutete, durch das Angebot einer persönlichen Beteiligung an dem Geschäft zu korumpieren. Die Preisabmachung, deren sich Stiborny rühmt, die aber in Wirklichkeit der Finanzminister durchgesetzt hat, betrug überdies nicht 30, sondern nur 11,5 Millionen.

Der Ausschussbericht erklärt, die politische Verantwortung des Ministers Stiborny für dieses unglückliche Geschäft und dessen unmögliche Formen sei so klar, daß kein Wort darüber zu verlieren sei. Was den Verdacht betreffe, der auf einen Minister falle, der Waggons um hunderte Millionen durch Vermittlung eines Prager Uhrmachers kaufte, so stütze sich dieser Verdacht, auch wenn er nur ein Verdacht bleibe, auf eine Reihe von kompromittierenden Momenten. Vor allem kompromittiert Stiborny seine Zeugnisaussage in dem erwähnten Ehrenbeleidigungsprozess, die sich im Lichte der Untersuchungsergebnisse fast Wort für Wort als unwahr erweist.

Stiborny's Ministerauto.

Stranfsky's Behauptung, daß Stiborny als Postminister im Jahre 1919 in einer Prager Weinstraße sein Dienstauto beim Kartenspiel verlegt habe, beruht auf einer Information des nationalsozialistischen Senators Panek, der damals Beamter des Ministeriums war und von dem Ministerialrat Dr. J. J. eines Morgens diese Sache erfahren haben will. Panek erklärt selbst, nicht angehen zu können, ob die Auslieferung des Autos mit staatlichen Geldern erfolgte; aber auch dann hätte dies nur betrübend der Fall sein können, da die Ver-

rechnung im Ministerium sehr streng war. Doktor J. J. als Zeuge einbernennen, will sich an nicht erinnern. Der Referent erklärt zum Schluß, daß die Kürze der Zeit eine Konfrontation J. J. mit Panek und weitere Nachforschungen nach anderen Zeugen nicht gestattet habe. Er habe deshalb diese Beschuldigungen nicht als Substrat seines Schlagantrages aufgenommen.

Wie Stiborny zu einem wertvollen Bild kam.

Stranfsky belegt seine weitere Behauptung, daß Georg Stiborny als Abgeordneter eine Belohnung für eine Intervention angenommen habe, mit nachfolgenden Angaben: Im Jahre 1920 wurde ein Generalkommissar für die Slowakei zum Ankauf von Holz von der Regierung eingesetzt. Zwei Brüder Jelenka, Kaufleute aus Rattensberg, boten der nationalsozialistischen Jednota, einem Verband von Kleinbauernlichen Wirtschaftsgenossenschaften, die nötigen finanziellen Mittel an, wenn die Jednota ihnen den Kosten des Generalkommissars verschaffe. Abgeordnete Stiborny bewies die Jelenkas an den Vorständen der Jednota, J. J. während er selbst beim Minister B. Sedláček mit Erfolg intervenierte. Die Jelenkas erzielten das Generalkommissariat und teilten sich mit der Jednota in den Gewinn. Jelenka soll nun dem J. J. eine Belohnung für Stiborny als Dank für diese Intervention angeboten haben, worauf Stiborny J. J. erklärte, daß er kein Geld nehme. Ein Jelenka erfuhr dann, daß sich Stiborny für Bilder interessiert und bot ihm durch Vermittlung J. J. ein Bild an. Stiborny soll nun J. J. erklärt haben, daß er nur auf ein Bild von J. J. reflektiere, das dem Senator Kloss gehörte, das dieser aber der Jednota als ein Pfand für eine Anleihe von 50.000 K gegeben hatte. Das Bild befand sich in Aufbewahrung der Modernen Galerie, welche damals der Familie des Kloss während dessen Gefangenenschaft im Kriege ein Darlehen von 6000 K gegeben hatte. Stiborny wollte Kloss telefonieren, daß die Jednota dringend die 50.000 K brauche und von ihm die Einwilligung zum Verkauf des Bildes erlangen, falls er das Geld nicht bezahlen könne. So geschah es auch, J. J. nahm von den Jelenkas 50.000 K entgegen und benützte sie zur Bezahlung der Schuld des Kloss, worauf Stiborny gegen Ertrag der schuldigen 6000 K das Bild in der Galerie bezog und in sein Eigentum brachte. J. J. als Zeuge einbernennen, bestätigt diese Darstellung Stranfsky's und erklärt, Stiborny habe ihm noch eigens gesagt, wenn etwas herauskomme, so solle J. J. sagen, daß er Stiborny die 50.000 K nur geborgt habe und sie in Aktien zurückbekommen werde.

Stiborny erklärte bei seiner Einnahme, daß das Bild sei ein Geschenk der Jednota an ihn gewesen, einerseits eine Anerkennung für die geleistete Arbeit, andererseits als Ersatz für gewisse Verluste, die er in verschiedenen Unternehmungen der Jednota erlitt. Diese Verluste sollen 20.000 bis 30.000 K betragen haben. Auch hier zählt der Ausschussbericht eine ganze Reihe von Widersprüchen Stiborny's mit früheren Erklärungen in der Bildersache auf und weist namentlich darauf hin, daß Stiborny, der in der Jednota Ordnung machen sollte, sich doch nicht ohne ordentlichen Beschluß der Vertretung des Ehrenpreises machen lassen konnte; hier beschuldigt sich Stiborny selbst einer großen Unvorsichtigkeit. Alles, was er vor dem Ausschuss angeführt habe, sei eine erdachte Konstruktion einer nachträglichen Verteidigung. Das Bild war: der Post für Dienste, die Stiborny dem Spender erwiesen hat. Das sei durch die Aussage J. J.'s bewiesen.

Die Aktien der Auffig-Teplizer und Buztöhrader.

Stranfsky machte Georg Stiborny weiter zum Vorwurf, daß er als Eisenbahnminister die beschuldigte Verstaatlichung der Auffig-Teplizer und der Buztöhrader Bahn seinem Bruder und dessen Geschäftsführer Stiborny vertraulich mitgeteilt und ihnen geraten habe, Aktien zu kaufen, weil sie steigen würden. Stiborny stellt das in Abrede mit der Begründung, daß er so durch sein scharfes Vorgehen gegen die beiden Bahnen die Aktienkurse gedrückt habe. Dr. Beech als Zeuge erklärt, daß man damals kaum in diesen Aktien so große Verluste konnte. Ein zweiter Zeuge, Dr. Gauer, läßt allerdings zu, daß in bestimmten Momenten eine derartige Möglichkeit bestanden habe. Die Untersuchung ergab, daß ein Spekulationskonto „A. S.“ in dem Bankhaus Juchs nicht, wie Stranfsky annahm, dem Georg Stiborny gehört hat.

Die Aktien der Auffig-Teplizer und Buztöhrader.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß sich die Beschuldigungen Stranfsky's in diesem Falle nicht aufrecht erhalten lassen können.

Stiborny's Villa.

Zu Punkt 8 seiner Beschuldigungen führt Stranfsky als Beweis für die Bereicherung der Verwandten Stiborny's aus Staatslieferungen die Geschäftsbeziehungen dessen Bruders sowie dessen Schwagers Beran mit verschiedenen Staatsämtern an. Es handelt sich um eine Tabaklieferung für die Tabakregie, die Franz Stiborny in den Jahren 1928 und 1929 durchzuführen wollte; die Tschechisch-orientalische Aktiengesellschaft, deren Vorsitzender er war, reichte zunächst ein Offert ein, das wegen der hohen Preise nicht berücksichtigt werden konnte. In einem zweiten Offert wurden die Angebote der anderen Firmen um 10 Prozent unterboten, worauf der Firma 250.000 Kilo Tabak vergeben wurden. Die Lieferung entsprach aber nicht den Mustern. Eine eigene Superrevision bestätigte die Minderwertigkeit des gelieferten Tabaks, worauf das Finanzministerium die Angelegenheit der Finanzprokuratur übergab, um das Pönale von 1,2 Millionen einzulagern. Die Interventionen in Angelegenheit dieses Geschäftes führte Franz Stiborny durch. Dr. Popst, der

Generaldirektor der Tabakregie, gibt an, daß der Staat einen Schaden von 1,8 bis 2 Millionen erlitten hätte, wenn es Stiborny gelungen wäre, den Kauf durchzuführen. In die Angelegenheit spielt ein Kredit herein, den die Diskontbank auf dem Weg über eine zweite Bank einem griechischen Lieferanten gewährt hat. Bei einer gerichtlichen Auszählung zwischen den Banken stellte sich heraus, daß Franz Stiborny 14 Prozent Provision gefordert und sich als Provision gleich 135.000 Kronen bei der Diskontbank im Vorhinein behoben hatte. Eine direkte Beteiligung Georg Stiborny's an dem Geschäft wurde nicht nachgewiesen, doch dürften politische Einflüsse geltend gemacht worden sein. Daß Franz Stiborny mit seinem Bruder darüber verhandelt hat, geht aus einem Brief hervor, in dem von einer Intervention „des Bruders“ die Rede ist.

In einer zweiten Eingabe beschuldigt Stranfsky den Abgeordneten Stiborny, daß er seine politische Protektion und seinen amtlichen Einfluß zugunsten der Kaufirma Karl Beran in Prag verwendet habe, deren Eigentümer sein Schwager ist. Zum Beweis wird die Vergabung einer größeren Lieferung aus dem Jahre 1922 über den Kopf der Lieferungskommission beim Eisenbahnministerium an die genannte Firma angeführt. Die Firma offerierte zu Preisen, die unmöglich niedrig waren; später, als Stiborny Eisenbahnminister war, wurden der Firma verschiedene Erleichterungen zugesprochen und Zuschläge im Betrage von einigen Hunderttausend Kronen ausbezahlt.

Stiborny soll sich außerdem einigemale geäußert haben, daß ihm Beran seine Villa in Karant ganz umsonst schlüsselfertig aufgebaut habe. Der Zeuge Architekt L. J. J. sagt, seine Auslage dahin zusammen, daß der Baumeister Beran, als Georg Stiborny am Ruder war, derartige Bauten hatte, daß sich die andern Baumeister nicht mehr zu offerieren getrauten, weil das überflüssig war. Er erklärte sich das aus der Verwandtschaft Beran's mit Stiborny. Der Abgeordnete Galina (Nationalsozialist) gibt als Zeuge an, daß sich im Prager Volkshausausbau der Partei die Beschwerden gegen die angebliche Luxusbau Stiborny's häuften. Er habe deshalb Stiborny einmal in der Villa aufgesucht, der ihm erzählte, daß ihm die Einrichtung des Gariens sein Bruder geschenkt habe, während er die Villa von seinem Schwager Beran umsonst bekommen habe. Baumeister Beran gibt an, daß Stiborny ihm für die Villa 125.000 Kronen bezahlt habe. Die Villa sei ihm auf 250.000 Kronen zu stehen gekommen, aber er habe seinem Schwager keine Nachtragserfordernisse stellen wollen. Der Ausschussbericht enthält hierzu kein Schlußreferat.

Die Diskontbank.

In der Diskontbank, die in der ganzen Affäre als Zählstelle für diverse Provisionen eine große Rolle spielt, war Franz Stiborny lange Zeit hindurch der entscheidende Faktor; später hatte er sogar die absolute Mehrheit der Aktien. Die Untersuchung erstreckte sich auf das erwähnte Konto „Franz Stiborny's“, über das Georg und Franz Stiborny disponierten, sowie auf eine Reihe anderer Konten unter verschiedenen Namen. Die Sachverständigen konnten in diesem Falle mit Rücksicht auf die „Kassiertheit, mit der einzelne Geschäfte und Finanztransaktionen in dieser Bank versteuert wurden“, mit einem kleinen Teil dieser Geschäfte auflären. Hier ist vor allem eine Einlage des Prager Bankiers Dr. Otto Betschel im Betrage von 3 Millionen auffällig; die Details anscheinend aus Angst vor der Sozialisierung der Gruben, von der damals viel die Rede war, machte, um Beziehungen zu tschechischen Banken anzuknüpfen. Das Konto hieß

Josef Basel.

Dieses Konto wurde im Oktober 1928 allmählich ganz auf ein Konto bei der Prager Kreditbank übertragen und dort binnen ein paar Tagen gänzlich behoben. Der Scheber unterschrieb sich einmal mit R. Kalat. Es ist dies ein Angestellter der Diskontbank.

Dr. Betschel gab an, daß ihm sein Rechtsvertreter auf Trägen Franz Stiborny's nahegelegt habe, auf die Einlage zu verzichten, da die Bank in Schwierigkeiten sei und er ahnedies nichts herausbekommen würde. Das Einlagebuch wurde tatsächlich dem Franz Stiborny übergeben, der es, nach den Aussagen des Stiborny, der Vizepräsident der Bank war, aber

nicht zur Sanierung der Bank verwendete, sondern auf sein persönliches Konto übertrug.

Franz Stiborny will sich an die Sache nicht genau erinnern; er weiß nur, daß er während seiner Antierung in der Bank der nationalsozialistischen Partei über 12 Millionen übergab und daß er diese natürlich von irgendwoher nehmen mußte.

Der Bericht nimmt auf Grund der Gutachten der Sachverständigen als erwiesen an, daß die Einlage Dr. Betschels, die zum Zwecke der Sanierung der Bank hergegeben wurde, von Franz Stiborny für seine privaten Konten verwendet wurde.

Georg Stiborny hatte das Dispositionsrecht aus über ein anderes Konto namens „Jan B. B. B.“, aus dem später ein Einlagebuch „Kohlschön“ angelegt wurde. Auf dieses Konto wurden Dividenden aus der Zeit eingelegt, als Stiborny Minister war. Daraus bezog Georg Stiborny in den Jahren 1928—1930 Hunderttausende von Kronen. Franz Stiborny will das Einlagebuch Kohlschön seinem Bruder nur geborgt haben. Georg Stiborny verteidigt sich damit, daß es sich um Kontos handelte, die der nationalsozialistischen Partei gehörten. Später will Stiborny von seinem Bruder 2 bis 3 Millionen für den „B. B. B.“ erhalten haben.

Die „Sanierung“ der Diskontbank.

Aus einem Gutachten zweier Bankfachverständiger geht weiter hervor, daß eine Sanierung der Diskontbank aus Mitteln des staatlichen Dotations-

fonds gleichfalls über ein Privatkonto des Franz Stibrony ging, wobei dieser ungefähr 750.000 K als Gewinn buchen konnte. Diebezügliche Verträge gingen über weitere verschiedene Konten, die von den Todvererbenden in mühsamer Arbeit ebenfalls als Privatkonten des Franz Stibrony festgehalten wurden. Es wurde festgestellt, daß Franz

Freie Verleumdungskampagne der Kommunisten.

In der Nachmittagsitzung des Ausschusses wurde die Debatte abgelehrt. Hier waren es vor allem die Kommunisten Störka und Kaprecka, die das Kunststück zu Wege brachten, in der Erörterung der Affäre eines Mannes vom Schlage Stibronys ihre giftigen Angriffe überhaupt nicht gegen die Bürgerlichen, zu einem Teil gegen die Nationalsozialisten, zum allergrößten Teil aber gegen die Sozialdemokraten zu richten. Auf das Verbot des vorgebrachten Referates gingen sie nur flüchtig ein, dagegen waren sie kampfhaft bemüht, bei jedem möglichen und unmöglichen Anlaß ein Verbrechen der Sozialdemokratie festzustellen.

So machten sie aus der Tatsache, daß Genosse Hampl mit einem Nationalsozialisten gegen die Vergabe der Eisenbahntunnels nach Deutschland interveniert hatten, im Sandumdrehen einen „Verrat“ an den Metallarbeitern und ein abgekartetes Spiel.

Der Höhepunkt dieser nichtswürdigen Lügenkampagne war aber unstreitig die Unterscheidung, als ob die Genossen Pohl und Proszik den Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923 verschuldet hätten und daß sie die Kohlenförderung in Mutsojowiz von vorn herein nur in dem Zweck bewilligt hätten, damit man die Kohle für die Staatsbahnen verwenden könne.

Gegen diese frechen, vollkommen aus der Luft gegriffenen Verleumdungen setzte sich

Genosse Laub

sehr energisch zur Wehr, wobei er u. a. erklärte:

Die erste Frage, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, wird von den Kommunisten wieder als willkommener Anlaß benutzt, um gegen die verhasste Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen. In demselben Atemzug, in dem sie die Erhebungen als nicht objektiv hinstellen und das Verfahren als den primitivsten Rechtsbegriffen widersprechend, in demselben Moment

schleudern sie die heftigsten und unflätigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie und einzelne ihrer Führer, ohne auch nur den Schein eines Beweises zu erbringen.

Stibrony namentlich drei Einlagebücher mit einem Gesamtbetrag von 960.000 Kronen notiert hat, aus denen Georg Stibrony Abhebungen vornahm. Das Material und die Korrespondenz detailliert zu studieren, sei den Todvererbenden infolge der Kürze der Zeit und infolge der banktechnischen Schwierigkeiten nicht möglich gewesen.

Ich könnte mich auf diese Feststellung beschränken; aber ich erkläre ganz klar und deutlich, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Kohlenlieferungen, Kohlenprovisionen und mit Regierungszuwendungen irgendwelcher Art nicht das Geringste zu tun hat, und ich erkläre darüber hinaus, daß sie niemals, weder vor ihrem Regierungsantritt noch nachher, an derartigen Verhandlungen teilgenommen hat.

Die Herren Kommunisten wollen auch die Vorgänge, die durch die Erhebungen hinsichtlich des Bergarbeiterstreiks im Jahre 1923 festgelegt wurden, für ihre Zwecke mißbrauchen. In dem Referat wird festgestellt, daß die Bergarbeiterorganisationen — und zwar alle isolierten Bergarbeiterverbände — die Zustimmung zur Weiterführung der Mutsojowitzer Bergwerke gegeben haben, weil sonst die Vernichtung des ganzen Bergwerkes drohte. Wir haben aber diese Zustimmung unter der Bedingung gegeben, daß sich der Besitzer verpflichtet, die durch den Streik erzielten Erfolge auch schon für die Dauer des Streiks den Arbeitern zuzuerkennen, und daß die Kohle nicht für den Inlandsbedarf verwendet werden darf. Diese Maßnahmen sind also, wie jeder Unvoreingenommene auf den ersten Blick erkennen muß, zum Schutze der streikenden Bergarbeiter erfolgt.

Daß Pohl und Proszik keine Ahnung davon hatten, welche Manipulationen mit der Mutsojowitzer Kohle getrieben werden, bedarf wohl keiner Erwähnung. Die Herren Kommunisten mögen nur den Mut haben, Pohl des Verrates an den Bergarbeitern zu zeihen! Es wird ihnen dann Gelegenheit geboten werden, für die Richtigkeit ihrer Behauptungen einzustehen. Ich kann nichts anderes tun, als die Behauptungen der Kommunisten als widerträgliche Verleumdung zu stigmatisieren.

Vorher hatte auch der tschechische Genosse Mares die kommunistischen Verleumdungen schief zurückgewiesen und auch ein Nationalsozialist und der Gewerkschaftler Bekarel auf die kommunistischen Angriffe reagiert. Dann wurde die Debatte geschlossen. Morgen wird Abg. Stibrony, der überdies eine ausführliche Gegenbrochure herausgegeben hat, sich zu den Feststellungen des Referenten äußern.

Die Opfer des St. Philibert.

Paris, 16. Juni. Die Agentur Havas veröffentlichte heute eine ungefähre Liste der Opfer des Schiffsunglücks von Roimoutier. Die Liste führt die Namen von 368 Personen auf, häufig oft vier bis fünf Mitglieder einer Familie, die meist aus Nantes stammen. Die Lege des gesunkenen Dampfers konnten die Taucher bisher nicht feststellen.

Paris, 16. Juni. Der Untergang des Dampfers „St. Philibert“ forderte, wie pessimistische Schätzungen der Blätter deuten, über 500 Opfer. Der Stadtrat von Nantes veröffentlichte in der Nacht auf gestern ein Verzeichnis der Vermissten, in dem über 100 Personen angeführt sind. Nach den letzten Schätzungen befanden sich bei der Fahrt von Nantes nach der Insel Roimoutier außer sieben Mann Besatzung, 440 zahlende Personen und ungefähr 50 kleine Kinder, außerdem noch etwa 100 Kinder im Alter von 2 bis 7 Jahren, für die offenbar kein Fahrgehalt bezahlt worden war an Bord des Dampfers. In Frankreich von der Insel während der Ebbe bloß 43 Personen über den Damm zurückgeführt.

Tagesneuigkeiten

Der Name Kofegger-Part erregt öffentliches Aergernis.

Die Stadtgemeinde Aulzig führt schon seit einigen Jahren einen Kampf gegen eine behördliche Verfügung, nach welcher der Name Kofegger-Part verboten wird und dessen Beseitigung angeordnet wurde. Die Verfügung wurde damit begründet, daß der Name Kofegger-Part mit einer dem tschechischen Volk und dem Staate feindseligen Propaganda in Verbindung steht. Zuletzt hat die Landesbehörde mit Entscheidung vom 20. April l. J., Zahl 176.490 ai 1931 — 2 — 1362-6 ai 1930 das Aufheben der Gemeinde Aulzig um Zuerkennung der ausschließbaren Wirkung einer gegen den Bescheid vom 20. November 1930 eingebrachten Verwaltungsgerichtsbeschwerde abgelehnt. In der Begründung wird ausgeführt, daß die sofortige Beseitigung des Namens „Kofegger-Part“ im öffentlichen Interesse gelegen ist, weil er Anlaß zu öffentlicher Aergernis und damit zur Störung der Ruhe, gibt. Also die öffentlichen Interessen verlangen den sofortigen Vollzug der behördlichen Verfügung und die Tschechoslowakei ist angeblich ein europäischer Staat und das tschechische Volk durch seine freiheitliche Einstellung bekannt.

Ziehung der Klassenlotterie

120.000 K: 84.800.
50.000 K: 68.911.
20.000 K: 56.027, 60.930.
10.000 K: 34.649, 63.025, 82.123.
5000 K: 3930, 5191, 9218, 11.490, 25.130, 70.646, 71.509, 84.302.
2000 K: 2096, 13.312, 21.262, 23.467, 25.786, 25.581, 32.064, 35.412, 36.338, 41.701, 44.729, 56.015, 62.986, 67.923, 78.799, 88.093, 92.395.

Politischer Mord an einem Studenten.

Lemberg, 16. Juni. In den heutigen Nachmittagsstunden wurde im Zentrum der Stadt der Pogling des griechisch-katholischen Priesterseminars Berezniak durch den ukrainischen Studenten Wassil Jrenko auf offener Straße durch zwei Revolvergeschosse getötet. Nach der Mordtat versuchte Jrenko zu flüchten und schoß gegen die ihn verfolgenden Polizisten und Straßenspaten, wobei ein Arbeiter schwer verletzt wurde. Jrenko wurde schließlich von den ihn verfolgenden Polizisten festgenommen. Die Straßenspaten versuchten Jrenko zu binden, wurden jedoch von den Polizisten daran gehindert. Bei dem polizeilichen Verhör lehnte Jrenko jede Aussage über das Motiv seiner Tat ab. Wahrscheinlich handelt es sich um ein politisches Attentat.

Ein Feuerwerk. Ein Leser schreibt uns: Am Samstag Abend gab es in Prag für kleine wie für große Kinder eine nette Belustigung. Wirklich nett? Nicht zum zweifeln. Schauen wir uns nur den Hintergrund dieses so schönen „Feuerwerkes“ an. Bodenlang kündigt: die tschechische nationalsozialistische Presse diese Sensation an. Verpassen sie es so nicht dies Schauspiel zu erleben, noch nie dagewesen! Wer etwas cruster diesen in den Himmel abgeschossenen Raketen nachgeschaut hat, wird über die „entzückenden“ Bilder am Firmament nicht degestert gewesen sein. Ich stellte dieses Bild einem andern nicht so fröhlichen gegenüber. Da wurde mir anders zumute, da schaute ich dieser „Bel.“ nicht mehr länger zu. Diese Feuerwerkveranstalter schienen in ihrer Herzfreudigkeit die Millionen Arbeiter zu verpassen, sie schienen ihre Augen völlig davor verschlossen zu haben, daß man in Prag Leute in den Papierföhrden nach Brotkrumen suchend findet, sie schienen die armen verhungerten Kinder in den Vorküchen zu verpassen, die da um ein Stückchen Brot oder bißchen Milch rufen. Ja diese Leute, die nach dem Worte „national“ das Wort „sozial“ in ihrem Munde, auf ihren Bannern mit besonderem Stolz führen, die auf ihren Parolen die Worte schreiben: Den Arbeitern Arbeit und Brot, ja diese Leute verpulverten Geld in den Aether. Nichts als eine schwarz-graue Wolke hob sich am blauen Himmel ab, während andere vor Hunger vergingen.

Rettungsdampfer suchten die ganze Nacht hindurch das von den Leuchttürmen aus Reflektoren beleuchtete Meer nach Leichen ab. Bisher wurden 82 Leichen an Land gespült. Die Identität der meisten von ihnen konnte noch nicht festgestellt werden, da keine Dokumente bei ihnen gefunden wurden.

Paris, 16. Juni. Die Havas aus St. Nazaire berichtet, ist nunmehr eine zweite Liste der Opfer des Schiffsunglücks veröffentlicht worden. Sie umfaßt 97 neue Namen, was mit den heute früh veröffentlichten 368 eine Vermisstenziffer von 465 ergibt, einschließlich der siebenköpfigen Besatzung des „St. Philibert“. Unter den Vermissten befindet sich eine große Anzahl von Oesterreichern, nämlich 13, sowie ein Deutscher, der 27jährige Nikolans Arntzen, der in Nantes wohnhaft war. Zwei Schlepper sind heute früh von St. Nazaire angelaufen, um weitere Leichen zu suchen. Die gestern geborgenen 70 Leichen sind durch Militärlastwagen nach Nantes überführt worden.

Ihr großen Kinder, die ihr stets auf einer Seite Querer Blätter die Stimmen des armen Volkes bringt, wüßtet ihr denn nicht, wieviel Laib Brot, wieviel Liter Milch diesen armen Hungerleidern ausgeteilt hätte werden können. Nein, ihr wüßtet es ja gar nicht wissen, denn zu anderen Zwecken dient Euch ja dieses Wort „sozial“!

Tanzunterhaltung mit blutigem Ende. Auf Gablonz wird uns berichtet: Bei einer Tanzunterhaltung im anschließenden Orte Schlag kamen einige junge Leute in Streit, der schließlich in Tätlichkeiten ausartete, als die daraus Beteiligten das Gastlokal verlassen hatten. Der 27jährige Wilhelm Redzigel erhielt bei der Kauserei mehrere Messerstiche, durch die er schwer verletzt wurde, und auch ein Mädchen erlitt Verletzungen erster Natur, so daß die Heberführung der beiden ins Krankenhaus notwendig war.

Der verhängnisvolle Fingerring. Auf eine seltsame Art verunglückte, wie uns berichtet wird, im Schwimmbade von Hohenelbe ein junges Mädchen. Als es sich vom kleinen Sprungbrette ins Wasser gleiten lassen wollte, blieb es mit dem Ringe am Goldfinger der linken Hand an einem Nagel hängen, und es wurde ihm das letzte Glied des Fingers mit der übrigen Haut und der ganzen Sehne fast bis zum Ellenbogen herausgerissen. Die Verunglückte, die durch den Schmerz ohnmächtig geworden war, versank im Wasser, konnte aber rechtzeitig herausgeholt werden.

Ein slowakisches Dorf niedergebrannt. Morgens nachmittags brach aus bisher noch nicht festgestellter Ursache in Dobšan bei Rosenau ein Brand aus, der bei starkem Wind bald auf die benachbarten Häuser übergriff, so daß bis zum Abend trotz der Anstrengungen der aus der Umgebung herbeigeeilten 23 Feuerwehren im Ganzen 32 Häuser niedergebrannten. Der Schaden ist groß und nur zu ungefähr 30 Prozent durch Versicherung gedeckt. Eine Frau wurde beim Anblick ihrer brennenden Behausung vom Schlag gerührt und starb. Aus einem brennenden Haus wurde im letzten Augenblick ein Kind gerettet. Unmittelbar darauf stürzte das Haus zusammen.

Internationales Verbot der Spionage. Der Kongress der Völkerbündigen, welcher Ende Mai in Budapest tagte, faßte auf Antrag der Christlich-Friedensgesellschaft in Prag, einhellig den Beschluß: 1. Dem Völkerbund zu beantragen, daß er beschließe, daß die Spionage unter den Mitgliedern des Völkerbundes verboten sei und als internationales Verbrechen erklärt werde. 2. Die Abrüstungskonferenz zu ersuchen, daß sie in die Abrüstungsbestimmungen das Verbot der Spionage aufnehme.

Riefenflugzeug. Wie die russische Presse meldet, beabsichtigt Sowjetrußland ein Riefenflugzeug zu bauen, das 32 Ringgästen Platz bieten soll. Dieses Flugzeug soll 5 Motore zu je 400 PS aufweisen.

Zu dem großen Brand in Bilos bei Kralowitz wird noch gemeldet, daß der Brand binnen kurzem auf 18 Gebäude übergriff. Wohl hievon brannten trotz den Anstrengungen der Feuerwehren bis auf die Grundmauern nieder, vier Wirtschaftsgelände konnten von den Feuerwehren noch gerettet werden. Dem Brande sind neben landwirtschaflichen Maschinen und Futtervorräten 8 Kinder, 85 Schweine und 470 Hühner zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt rund 1,6 Millionen Kronen und ist nur zu einem kleinen Teile durch Versicherung gedeckt. Bei den Rettungs- und Beseitigungsarbeiten erlitten sieben Personen Verletzungen, hievon eine Person lebensgefährliche und drei weitere Personen schwere Brandwunden.

Vom Rundfunk

Prag: 11.30: Schallplatten, 12.30: Mittagskonzert, 12.35: Deutsche Sendung; Arbeiter-Sendung, 20.35: Barsendonträge, 21.30: Cello-Ansatz. — Brünn: 11.30: Schallplatten, 12.30: Schallplatten, 12.35: Deutsche Sendung; Arbeiter-Sendung; Prof. J. H. Schabert; Index und Rassenfrage, 21: Unterhaltungsmusik. — Mähr.-Odrau: 11.30: Schallplatten, 17: Blasmusik, 18.25: C. Strauer Schrammel. — Pilsen: 12.30: Mittagskonzert, 18.30: Violoncellkonzert. — Wien: 11: Toscanini dirigiert das New Yorker Philharmon. Orchester. — Hamburg: 21: Puccini-Konzert. — Wien: 11: Von Strauss zu Strauss, 12.40: Auf Opere. — Koflau: 15: Nachmittagskonzert.

Saisonmäßige Belegung in Nordböhmen.

Anfang April 96.361, Ende Mai 70.994 Arbeitslose.

Endlich kann auch in Nordböhmen ein Rückgang der Anzahl der angemeldeten Arbeitslosen festgestellt werden. Anfang April waren in den 47 Bezirksämtern für allgemeine unentgeltliche Arbeits- und Dienstvermittlung 96.361 Arbeitslose gemeldet, Ende April 83.819, Ende Mai 70.994. Wenn man jedoch die statistischen Daten näher überprüft, so findet man, daß diese

Verbesserung nur dem Umstande zuzuschreiben ist, daß mit den Saisonarbeiten begonnen wurde.

Diese Beschäftigten jedoch eine bedeutend kleinere Anzahl von Arbeitern als in den früheren Jahren und so langen sie auch mit den sogenannten Notstands- und Investitionsarbeiten, bei denen im April 6339 und im Mai 7256 Personen Arbeit gefunden haben, nicht zur Beschäftigung der wirklichen Bauarbeiter und der Tagelöhner vom Beruf. Für die Linderung der Arbeitslosigkeit unter den Industriearbeitern haben alle diese Arbeiten fast keine Bedeutung und die Folgen der Arbeitslosigkeit müssen daher auch weiter durch die außerordentliche Arbeitslosenunterstützung nach dem Artikel 3 des Gesetzes Nr. 74/1930, E. d. G. u. S., die allerdings im April nur 1199 und im Mai 1131 Personen in Anspruch nehmen konnten, durch die staatliche Ernährungaktion und durch die sogenannte Milchaktion gelindert werden. In den Berufs-kategorien, in denen die außerordentliche Arbeitslosenunterstützung nicht ausbezahlt wird, entgehen nach 26 Wochen ziemlich viele Arbeitslose der Evidenz der Bezirksämtern. Die Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage erhielt im April 18.625 und im Mai 15.426 gänzlich Arbeitslose, sowie 16.460 und 14.788 zeitweise aus der Arbeit ausgeschickte Personen, für die Ernährungsaktion wurden im April 3.940.090 K und im Mai 3.678.549 K verausgabt, für die sogenannte Milchaktion im April fast 300.000 K und im Mai ein ähnlicher Betrag. Die zeitweise aus der Arbeit ausgeschickten unterstützten Personen sind in der Anzahl der am Anfang dieses Artikels angeführten Arbeitslosen nicht eingerechnet. Zur Erlangung eines genaueren Bildes der Arbeitslosigkeit in Nordböhmen muß man zu diesen Zahlen für den Monat April noch etwa 6400 nichtgemeldete Arbeitslose, 10.300 zeitweise ausgeschickte nicht unterstützte und 28.183 sonst beschäftigt arbeitende Personen und im Mai etwa 6500 nichtgemeldete, 11.598 zeitweise und 31.585 sonst beschäftigt arbeitende Personen zuzählen.

Am schwersten betroffen sind die Textilarbeiter und die Fabrikhilfsarbeiter überhaupt, dann die Glasarbeiter und Metallarbeiter, bei denen in einigen Orten nach einer Verschlechterung eingetreten ist. Eine Verschlechterung macht sich auch in den Bergwerken bemerkbar, wo nicht nur die Einschränkung der Arbeit, son-

dern auch Entlassungen von Bergleuten stattgefunden haben. Von der Anzahl der sonst eingeschränkt arbeitenden Personen entfallen etwa 50 Prozent auf die Bergarbeiter. Die zeitweise Ausschickung der Arbeiterschaft herrscht weiter hauptsächlich unter den Textilarbeitern. In einer Reihe von Grenzbezirken leidet unsere Arbeiterschaft dadurch, daß sie in Deutschland infolge der dortigen Krise nicht arbeiten kann. In der Landwirtschaft war das Stellenangebot schwächer als in den früheren Jahren, in den Steinbrüchen, Sandgruben, bei der Zementherstellung und in den Hiegeleien führt man die

Folgen der schwachen Bautätigkeit und der schlechten finanziellen Lage der Gemeinden und Bezirke, von denen manche die Notstandsarbeiten nicht fortsetzen können.

Eine ziemlich Reihe von Metall- und Holzarbeitern ist auch infolge der schwachen Baubewegung betroffen. Die Porzellanindustrie war meistens schwach beschäftigt. Die Saison in der Bekleidungsindustrie war schwach. In der chemischen Industrie war die Beschäftigung schwächer und in einigen Zweigen sind sogar Entlassungen vorgekommen. Die Bautätigkeit langt nicht einmal zur Beschäftigung der wirklichen Bauarbeiter, auch nicht im Zusammenhange mit den Notstands- und Investitionsarbeiten. Das Gewerbe und die Geschäfte leiden infolge der schlechten Beschäftigung der Industriearbeiter. Bei der allgemeinen ungenügenden Lage, ist auch das Stellenangebot für Hausgeschickten schwächer als sonst.

Die Tätigen der 47 Bezirksämtern für Arbeitsvermittlung in Nordböhmen zeigen folgende Zahlen: Die Anzahl der angemeldeten Stellen betrug im April 16.681, im Mai 20.649. Im April waren 130.078 Bewerber und Bewerberinnen angemeldet, im Mai 117.030. Im April wurden 12.452 Vermittlungen erzielt, im Mai 15.995 kontrolliert wurden im April 35.192 unterstützte Arbeitslose, im Mai 30.214. Im April hatten mit der Landeszentrale für Nordböhmen erzielten 14.012 Schriftstücke, verhandelt 20.231. In derselben Zeit wurden 323 Anweisungen zur Erlangung der 50prozentigen Fahrpreismäßigung und 115 zur Erlangung der Stundung des Jahrgeldes, ausgehelt. Die größten Erfolge erzielten im April die Anstalten in Bodenbach, Brüx, Komolan, Aulzig a. C. und Niemes (1294, 1108, 1009, 915, 729), im Mai die Anstalten in Bodenbach, Brüx, Aulzig a. C., Weipert und P. Raminig (1616, 1214, 1124, 937, 754).

Die größte Arbeitslosigkeit war im April in den Bezirken Teichow, Gablonz a. R., Reichenberg, B. Leipa, Schludena und Brüx (9001, 7837, 6571, 5504, 5082 und 4858) zu verzeichnen, im Mai in den Bezirken Gablonz a. R., Teichow, Brüx, Reichenberg, Friedland und Komolan (7812, 6903, 6669, 5748, 4664 und 3914).

Elektrifizierung des hohen Landes. Der Sonderausschuss für Systematische Elektrifizierung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat sich in seiner Sitzung vom 10. Juni 1931 auch mit der Frage der weiteren Elektrifizierung des hohen Landes befaßt, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die zur Verfügung gestellten Staatsmittel bereits aufgebraucht sind, während noch 7000 Gemeinden der Elektrifizierung entbehren. Es wurde beschlossen, dem Verbandsvorstande vorzuschlagen, er möge an die beteiligten Ministerien eine Eingabe richten, damit die vom Arbeitsministerium vorbereitete Novellierung des bezüglichen Gesetzes und die Bereitstellung neuer Geldmittel raschstens durchgeführt werde, wodurch auch einer weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise vorgebeugt würde.

Eine Hochschule einbruchshalber gesperrt. Samstag früh entsetzte der Portier der Hochschule für bildende Künste in Budapest, daß in der Nacht ein Einbruch in die Quadrate verübt worden war. Es stellte sich heraus, daß die Täter außer der Auladotation der Hochschule auch die Prüfungsgelder und den Junifonds der Studentenmensa, im ganzen 10.000 Pengo geraubt hatten. Da die Hochschule ohne alle Mittel für den Juni geblieben ist, mußte sie, wie es in einer Mitteilung des Rektors heißt, den Unterricht vorzeitig schließen.

Immer wieder § 218. Die bekannte Wiesbadener Frauenärztin Dr. Jungard Müller wurde von der Staatsanwaltschaft unter der Beschuldigung in Haft genommen, sich in einer Anzahl von Fällen gegen den § 218 vergangen zu haben. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit der Beschuldigung gegen eine andere Wiesbadener Frauenärztin namens Dr. Charlotte Behmer, die kurze Zeit vor der Affäre Dr. Wolff-Rienle in Haft genommen wurde. Ihren Schuldschuldigkeit sich jedoch nicht herausstellen.

Heuschreckenepidemie. In Ostafrika machen sich vielfache Heuschreckenschwärme bemerkbar, die 28 Millionen Morgen im westlichen Teil von Kenia und 126.000 Quadratkilometer früheres deutsch-ostafrikanisches Gebiet heimgesucht haben. In einzelnen Bezirken ist die Ernte bis zu vier Fünfteln durch die Heuschrecken vernichtet worden.

Al Capone bietet an . . . Banditenchef Al Capone, gegen den das Bundesgericht von USA in Chicago verhandelt, hat der Bundesregierung durch seinen Rechtsanwalt ein „Sühnegeld“ von 4 Millionen Dollar für den Fall angeboten, daß die Anklage gegen ihn und seine Komplizen zurückgezogen werde. Die Regierung hat dieses Angebot abgelehnt, da sie, wie sie erklärt, fest entschlossen sei, die Capone-Bande unerschütterlich zu machen.

Der Teufel zieht immer! Vom Pfälzer Gericht wurde eine Wählerin Frau, die im bayerischen Allgäu von unentwegten Unrenten zahllose Geldbeträge erschwindelt hatte, indem sie sich als illegitime Tochter des bayerischen Kronprinzen Rupperts ausgab, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Postministerium und die Forderungen des „Freien Radiobund“.

Der „Freie Radiobund“ übermittelt uns folgende, völlig unbefriedigende Antwort des Post- und Telegraphenministeriums auf die Forderungen, die ihm von der Hauptidee der Generalversammlung des genannten Bundes übermittelt wurden:

Die Forderung nach weiterem Ausbau eines weiteren schweizerischen Radiosenders für Ausstrahlungen in deutscher Sprache ist aus technischen Gründen unzulässig, weil durch die Frequenzen, welche in der Schweiz bereits schon heute im Dienste der Fernsprechanlagen sind, die Anzahl der Frequenzen vollkommen erschöpft ist (Wellenlängen), welche durch internationale Verträge der Telekommunikation zugewiesen wurden; für irgend einen weiteren Sender hätten wir keine Frequenz (Wellenlänge), geeignet zur Ausstrahlung. Weiter sei bemerkt, daß man sich schwer einen Frequenzbereich vorstellen kann, dessen Programme man mit Apparaten des Frequenzbereichs und höchsten Tones in allen Teilen der telekommunikativen Republik, wo Staatsbürger deutscher Sprache wohnen, auffangen könnte. Sofern es sich um die Forderung handelt, es möge wenigstens die heutige deutsche Sendung aus dem schweizerischen Stationen weitestgehend erweitert werden, betrifft diese Angelegenheit die Funkgesellschaft „Radiojournal“, welche Sie scheinlich von dieser Sendung Ihrer Generalversammlung verständigt haben.

Zur Forderung, es möge die Rundfunkgebühr für eine bestimmte Gruppe von Zuhörern des Rundfunks, welche in diesem Punkte Ihrer Eingabe angeführt ist, herabgesetzt werden, bemerken wir: Der Ertrag der Rundfunkgebühr wird zu gleichen Teilen zwischen der Postverwaltung und der Gesellschaft Radiojournal aufgeteilt. Die Postverwaltung erhält aus dem auf sie entfallenden Anteil alle Ausgaben, die sie mit dem Rundfunk hat, das sind: Investitionsausgaben zum Bau von Stationen, Gebäuden und Leitungen, weiter: die Erhaltungskosten und Zuschlagskosten für die Radiogebühren, Personal- und Sachausgaben für die Radiogebühren der Postämter und die Ausgaben, verbunden mit der administrativen und technischen Kontrolle des Rundfunks; außerdem hat die Postverwaltung in diesem Punkte den Erlös für die ausgedehnte Reihe der Telefonämter in den Orts- und Interurbansystemen zur Übertragung des Rundfunks. Alle diese Ausgaben fallen nicht nur nicht, sondern mit der Verdrängung und Verschönerung des Rundfunks und mit den steigenden Anforderungen in technischer Hinsicht steigen sie ständig. Auf der anderen Seite hat die Gesellschaft Radiojournal ihr ganzes Programm auf der Voraussetzung aufgebaut, daß der

Anteil von 5 K monatlich von einem Konfessionären, den sie heute bekommen, vorläufig nicht vermindert werden wird. Jene eine Herabsetzung der Rundfunkgebühr, auch nur für eine bestimmte Gruppe von Hörern, würde daher bedeuten, daß auf der einen Seite die technische Verbesserung und technische Erhaltung des Rundfunks vorhanden wären, auf der anderen Seite die Gesellschaft Radiojournal, genötigt wäre, ihre Ausgaben für Rundfunkprogramme einzuschränken, sowohl aus der Reihe der Hörer hinaus, noch ihrer Verbesserung getrieben wird. Schließlich muß man auch erwägen, daß die Vorauszahlung der heutigen verhältnismäßig niedrigen Gebühr von 10 K monatlich Ihre Einheitsgröße ist. Sobald wir die Hörer des Rundfunks in zwei Gruppen teilen würden, von denen die eine eine nicht herabgesetzte und die andere eine niedrigere Gebühr bezahlen würde, würde dies bedeuten, daß die ganze Tätigkeit, welche mit der Geldzahlung der Konfessionäre, mit der Einhebung der Gebühren und ihrer Verrechnung mit der Gesellschaft Radiojournal, dem Journalisten und unpraktischer würde, und daß das unproduktive Prozent der Regie sehr bedeutend steigen würde. Das Bestreben muß aber gerade im Gegenteil sein, daß dieses Regieprozent möglichst herabgesetzt wird

und daß eine möglichst große Quote der Rundfunkgebühren produktiven Zwecken, das ist insbesondere der Verbesserung der Programme, gewidmet werde. Soweit es sich speziell um Investitionen handelt, für welche die Generalversammlung Ihres Vereines eine Bewilligung der Rundfunkgebühr verlangt, bemerken wir, daß bereits heute mittellose Journalisten, welche sich ohne fremde Hilfe nicht bewegen können und mittellose Kinder, von der Rundfunkgebühr überhaupt befreit sind.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Novellierung des Gesetzes über die Erzeugung, den Verkauf und die Einfuhr von Radiogeräten, bezw. das des sogenannten Radiogesetzes werden gerade im Handelsministerium durchgeführt, welches Ihr Verein scheinlich auch über die Beschlüsse seiner heutigen Generalversammlung informiert hat.

Für den Minister: Pestalozzi.

Wie der „Freie Radiobund“ uns mitteilt, wird er sich demnächst mit dieser in fast allen Punkten negativen Antwort des Ministeriums befassen, die jedenfalls zeigt, daß amtlicherseits nicht die geringste Neigung besteht, den Forderungen der deutschen Arbeiter-Radiobund auch nur einigermaßen entgegenzukommen.



21. Juni: Kindertag!

Barcelona. Das katalonische Problem.

Barcelona ist ein durchaus ungeeigneter Standort, um einen Ausblick auf die allgemeine Lage in Spanien zu gewinnen, ungeeignet, wie ein Platz im Theater, wo ein Mann mit breiten mächtigen Schultern vor einem sitzt. Die starke Eigenart dieser Gegend und der ganzen katalonischen Region verleiht den Ansichten und Meinungen für sich die Aufmerksamkeit, die den Problemen des ganzen Landes geschenkt wäre. Man soll Spanien nicht von Barcelona aus sehen. Damit sei natürlich nicht gesagt, daß die Probleme Kataloniens und Kataloniens nicht auch spanische Probleme wären. Nur muß man von ihnen an sie herantreten und darf sich nicht der Illusion hingeben, hier ein Schulbeispiel für spanische Zustände zu finden.

Eine Hafenstadt mit zweitausend Jahren Geschichte — der Legende zufolge im Jahre 200 v. Chr. von dem Karthager Hamilkar Barca gegründet — hat Barcelona in den letzten zwei Jahrzehnten seine Einwohnerzahl verdoppelt, ist eine Millionenstadt, der größte Hafen und Handelsplatz Spaniens und das bedeutendste Industriezentrum des Landes. Sein soziales Leben geht zurück auf eine vielhundertjährige Tradition, die fest im Boden wurzelt und in der steinernen Wucht seiner mittelalterlichen Bauten Ausdruck findet, und erfährt gleichzeitig einen beständigen Zustrom von neuen, neuer, ortsfremder Menschen, die ihre Arbeit in die Großstadt tragen, ohne von dieser Stadt assimiliert zu werden. Dieses Nebeneinander des Verschiedenen, dem bis jetzt eine Verschmelzung verwehrt war, kennzeichnet Barcelona und zeigt uns vielleicht den Weg zum Verständnis seiner Arbeiterbewegung, die so sehr von der der andern Großstädte Europas abweicht.

Barcelona fühlt sich zunächst als Hauptstadt Kataloniens, als Hüterin katalonischer Sprache und der geschichtlich anerkannten Rechte. Auf das ohnehin unendlich lange Schuldkonto der spanischen Dynastien ist auch jene gewalttätige Zentralisierung und jene ganz unnatürliche, kulturell unbedingte Hegemonie Kastiliens zu setzen, die mit Philipp II. (1556 bis 1598) ihren Ausbau vollendete. Barcelona war bereits eine Handels- und Seestadt erster

Größe, die sich neben Genua und Venedig zur Geltung brachte, deren Seeredit das „Conculado del Mar“ seit Mitte des dreizehnten Jahrhunderts für die ganze europäische Schifffahrt maßgebend war, als die spanische Habsburger Hand an seine Sonderrechte legten. Die ganze Grafschaft Katalonien — die heute etwa die Ausdehnung Belgiens und eine Bevölkerung von vier Millionen hat — stand auf einer höheren Kulturstufe als Kastilien, als Grenzmark Spaniens nach Nordosten, als See- und Handelsvolk: früher als die andern Regionen Spaniens — mit Ausnahme der baskischen — hatte sie die Mauren vertrieben. Die Katalanen rühmten sich eines Ausspruchs Karls V., es gälte ihnen mehr, Graf von Barcelona zu sein als römischer Kaiser. Man sagte proudly, daß nicht einmal die Hilde im Meer schwimmen dürften, wenn sie nicht das Wappen der Stadt auf dem Rücken trügen. Einem solchen Volke seine Sonderrechte und seine Eigenart verdrängen zu wollen, konnte zu nichts anderem führen, als zu Kämpfen und zu Verschärfung der Eigenart. In der Tat ist die Geschichte Kataloniens eine lange Reihe von Konflikten zur Behauptung seiner Sonderrechte, seiner „fueros“, gegen die zentralisierende Vorherrschaft Kastiliens. Am Ende verfiel die absolute Monarchie alles, und an Eigenem blieb den Katalanern nur ihre Sprache. Bekanntlich hat dann die Diktatur auch diese verfolgt, mit dem schließlichen Resultat, sie tiefer und inniger mit dem Herzen der Bevölkerung zu verbinden.

Es will mir scheinen als hätte diese gewalttätige Behauptung ihrer Eigenart den Katalanen die Möglichkeit genommen, den Menschenstrom, den die industrielle Entwicklung der Stadt brachte, zu assimilieren. Eine gewisse Unzugänglichkeit ist ohnehin den Bewohnern der Seestädte eigen: ihnen öffnet sich das Meer, aber auf dem Lande kapseln sie sich ab. Schon das katalonische, als vorherrschende Umgangssprache wirkliche Isolierung. Das ist so recht eigentlich der Grund der Verfolgung und Unterdrückung, daß sie das Verhältnis der Dinge verrückt, und das Verfolgte und Unterdrückte als das einzige Leben läßt, für das sich zu kämpfen verlobte.

So bedeutet auch für den heutigen Katalanen Politik vor allem Kampf um die regionale

Autonomie. Und wenn es eine sozialistische katalonische Partei gibt, neben der der E. A. J. angehörenden spanischen Partei, so handelt es sich keineswegs um einen sozialistischen Separatismus, sondern einfach um den Versuch, den katalonischen Arbeitern in ihrer Sprache den sozialistischen Gedanken nahe zu bringen. Daß die vor acht Jahren gegründete katalonische Partei sich in Schrofferer Ablehnung zur Diktatur gestellt hat als die spanischen Sozialisten gibt ihr in der Verbekraft unter den Massen einen Vorsprung, ohne daß darin heute eine Begrenztheit läge. Obwohl beide Parteien innerhalb des großen Blocks der Linken bei den Wahlen zur Konstituante getrennt vorgehen werden, rechnen sie mit einer Verschmelzung nach der Lösung der katalonischen Frage. Man darf hier nicht von einer Parteispaltung sprechen. Es wird gleichsam die Durchtunnelung eines Berges von beiden Seiten begonnen, und die beiderseitige Arbeit hat nur Sinn unter der Voraussetzung, daß man von Süden und Norden zusammenkommt und die zwei Strophen eine einzige werden.

Aber es ist nicht die sozialistische Partei, die der katalonischen Arbeiterchaft den Stempel ausdrückt. Bekanntlich ist Barcelona die Hochburg des anarchistischen Syndikalismus. Man darf sich um diese Tatsache nicht mit Redensarten wie „wirtschaftliche Rückständigkeit“ oder „südlisches Temperament“ herumdrücken; Barcelona steht wirtschaftlich an der Spitze aller spanischen Städte und der Katalane ist wesentlich bekehrter als z. B. der gar nicht anarchistische Neapolitaner. Wir dürfen der Wahrheit näher kommen, wenn wir uns die vorwiegend regionalistische Einstellung der bodenständigen Bevölkerung vergegenwärtigen, für die Politik katalonische Politik bedeutet. Abseits von dieser Bevölkerung, zum Teil wirtschaftlich schlechter gestellt als diese, lebt eine gewaltige nicht katalonische Arbeitermasse, die unmöglich in den Strom des regionalistischen Kampfes hineingezogen werden kann. In sie tritt die anarchistisch-syndikalistische Propaganda heran, die in Barcelona schon zu den Zeiten der ersten Internationalen Fuß gefaßt hatte. Sie ist apolitisch, kümmert sich um die ganze katalonische Frage nicht, die für die aus allen Teilen Spaniens zusammengewürfelte Arbeiterchaft, an die sie sich wendet, gar keine Bedeutung hat. Dieser Anarcho-Syndikalismus ist — gegenüber dem regionalen Geist der katalonischen Arbeiterbewegung — der Hort des internationalen Gedankens. Seine Verbekraft ist groß in Zeiten politischer Knebelung, in denen der Staat nur als Feind erscheint, als etwas, das man vernichten, nicht als etwas, das man erobern muß. Es ist eine einfache, für unkritische Köpfe befruchtende Lehre, die Eigentum, Kapitalismus, Staat und Herrschaft in einen Topf wirft und die Welt erlösen will, indem sie sie mit einem Schlag von diesem Allen befreit. Für den Anarcho-Syndikalismus waren absolute Monarchie und Diktatur eine Schöpfung, nicht für die Individuen, unter denen die Reaktion reichste Ernte gehalten hat, aber für die Idee, die nur in einem Regime der Freiheit gegen die praktischen Wirklichkeiten und Möglichkeiten anreißt. Die anarchistischen Syndikalisten, in deren Händen bekanntlich die spanische Konföderation der Arbeit liegt, werden sich an dem Wahlkampf nicht beteiligen: sie ignorieren den Staat, die eben errungene Republik gilt ihnen nichts.

Ich habe die Anarcho-Syndikalisten in einem Riesenmeeting im Palacio de Comunicaciones im Ausstellungspark gesehen. Es dürften ihrer nicht weniger als Zehntausend gewesen sein: kein Temperament, sondern Arbeiter, Auswärtige Redner, die zum Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation nach Madrid reifen, nahmen das Wort, nicht ohne die Angriffe auf die „Sozialisten“, die ein jeder von uns „viel schöner und besser zu Hause“ hat. Böllige Ordnung. Kein Postzettel, weder im Saal noch in der Umgebung. Man nimmt die Ueberzeugung nach Hause, daß hier, genau wie in der katalonischen Frage, mit den Ketten des alten Regimes auch Vorurteile und Scheidewände fallen werden. Es war ja immer ein Trüf der herrschenden Klassen, die Unterdrückten gegeneinander zu heften.

Die Kommunisten der dritten Internationalen spielen in Barcelona keine Rolle. Wie die Sozialisten im Namen der Demokratie, so nehmen die Syndikalisten im Namen der Anarchie gegen sie Stellung. Sie verfügen über ein Wochenblatt, „La Batalla“, während die Syndikalisten eine Tageszeitung, die „Solidaridad Obrera“, haben, und außerdem noch ein anarchistisches Wochenblatt, „Tierra y Libertad“.

Aufgabe der Republik ist es, diese verschiedenen Triebe der Massenbewegung aus der Kerkel der Verdrückung in die Sonne und Luft der Freiheit zu stellen, damit sie dort ihre Lebenskraft bewahren. Die Republik wird auch mit denen so verfahren, die nicht an sie glauben. Barcelona hat die Republik eher proklamiert als das übrige Spanien. Nicht hungert der Böbel sondern ein arbeitendes Volk hat ihr zugestimmt — auch die Anarcho-Syndikalisten, die sie gering achten, weil sie nicht die Staatsform ändern sondern den Staat aufheben wollen. Trotz der verschiedenen Ideologien fühlt die gesamte Arbeiterchaft der großen Hafenstadt, daß sie jetzt Worte halten muß über das Errungene und systematisch die Trümmer des Ueberlebten wegräumen hat. Und wäre es auch nur, um freies Feld zu schaffen für den Kampf der Ideen. Die Republik ist ein Abschluß für die Monarchie: für das Proletariat ist sie ein Anfang.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ihren fünfjährigen Bestand feierte im Vormonat die älteste auf zinsfreier Grundlage errichtete inländische Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft Komotau, welche heute über ein Kapital an eingezahlten Anteilen von 850.000 K. verfügt, zifa 6 Millionen Kronen zinsfrei zur Erbauung, Erweiterung oder zum Umbau und Entschuldung von Wohnhäusern, Geschäftshäusern und Landwirtschaften zur Auszahlung und mit ihren Mitgliedern Bauparverträge von weit über 100 Millionen Kronen abgeschlossen hat. Die Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft Komotau hat als älteste Institution den allgemein geltend gemachten Besprüchen, den Zeitpunkt der Darlehens-zuteilung genau zu fixieren, dadurch Rechnung ge-tragen, daß sie es dem Mitglied nach einer mindest vierjährigen Mitgliedschaft aufgrund seiner Ein-zahlungen freistellt, wann die Darlehenszuteilung erfolgen soll. Das Schwaben im Ungewissen fällt daher bei dieser Genossenschaft vollkommen weg. Alles Nähere in den diesbezüglichen Ankündigungen und gegen Beischlag von Rückporto von der Genos-senschaftszentrale: Gemeinnützige Bau- und Spar-genossenschaft, reg. Gen. m. b. H., Komotau, Prager-straße, eigenes Verwaltungsgelände. 1185

Rote Falken, Prag.

Am Vorabend zum Rindertag, d. i. am Samstag, den 20. d. M., bauen wir am Bohorelek-Turnplatz der DZ (Rautenbergr) ein Zeltlager auf. Wir laden alle Genossen und Genossinnen ein, uns um halb 8 Uhr abends zu besuchen. Falkenspiele und Lieder. Freundschaft.

Kunst und Wissen

Deutsche Musikakademie, Wollentien-Orchester-festung, Karls, 18. Juni, halb 8 Uhr abends. Beei-heten: Klavierkonzert Nr. 1 - Dorothea Kuzischka, Dirigent: F. Wöger; Beethoven: Zwei Lieder aus „Olymp“ - Erna Fischer, Dirigent: V. Krejch-mer; Mozart: Violinkonzert K. 417 - Eugenie Fichten, Dirigent: F. Holický; Weber: Freischütz: Arie der Nacht - Estřieba Koch, Dirigent: S. Kochšmer; Schubert-Lied: Wanderer-Fantasie - Gertrud Sped, Dirigent: F. Holický.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters, Mittwoch, 7.30 Uhr: „Böhmisches Musi-fanten“ (202-2) - Donnerstag, 7.30 Uhr: „Der Hauptmann von Köpenick“ - Freitag, 7.30 Uhr: „Der Richter von Salamea“ (203-3) - Samstag, 7.30 Uhr: „Im weißen Röhl“ - Sonntag, 7.30 Uhr: „Im weißen Röhl“ - Montag, 7.30 Uhr: „Die Entführung aus dem Serail“ (204-1).

Wochenplan der Kleinen Bühne, Donnerst- tag, 7.30 Uhr: „Cadiac“ - Freitag, 7.30 Uhr: „Rohr schreibt Kullissen“ - Montag, 7.30 Uhr: „Voruntersuchung“.

Die Brüder vom Hl. Pollak,

eine Seite überhauber Schwärmer, die sich auch Koter Studentenbund nennt, widmen mir in ihren Überbachteln weit mehr Beachtung, als ich mir um sie verdient habe. Das rührt wohl daher, daß sie sich von unseren Beziehungen ein ganz falsches Bild machen und, wie die meisten Fetisch-Anbeter, kein Gefühl dafür aufbringen, daß man ihrem Treiben ein rein humoristisches Interesse entgegenbringt und ihren Irrungen Lehungen nicht anders als sonst einer Zirkusvorstellung beizumessen. Sie werden mir wieder nicht glauben, aber es verhält sich doch so, daß ich aus keinem andern Grunde das Horreoriel des Arsur Pollak über die „Neopaganische Bedeu-tung der parapsychischen Probleme“ anzuhören be-schloß, als aus der brennenden Neugierde, ob denn Züge, wie sie in der Broschüre über Marxismus und Karbolismus gedruckt waren, tatsächlich gesprochen werden könnten und wie das wohl aussehen würde. Die Wirklichkeit übertraf alle Er-wartungen. Mit der Uhr in der Hand kontrollierte ich die Länge der Sätze und das Versprechen jenes Anzweiflers in Wiener Prosa, der verheißt hatte, daß seine Boa constrictor vom Kopf bis zum Schwanz 15 Meter, vom Schwanz bis zum Kopf aber 30 Meter messe, was zusammen 45 macht, läßt mir endlich erfüllt. Dagegen zeigte mein parapsychisches oder psychanalytisches Interesse bei meinem nicht aus, um auch dem Inhalt der Rede, der da in höchst aufschrecklichen Bildern von Wilt-häusern, Bestattung, Älter, Rot und dergleichen metaphysischen Begriffen bestand, eine größere Beachtung zu schenken. Ich wünschte mir nicht ein-mal das Rätseln des Rechenartes, mit dem man dieser Phantasie an die Praxistafel rufen könnte, sondern hatte nur den einen Wunsch, die Situation zu ändern zu können, die sich auf die bekannte An-forderung „Pollak frag dein laies Ehr!“ ergeben würde; ich stellte mir vor, daß sie alle Gliederver-tenkungen buddhistischer Gottheiten auf immer in den Bereich des trivialen Rindermenschen verweisen müßte.

Diesen Entschluß - ich hatte den Saal verlassen,

Ein gutes Los ist das Los der čsl. Klassenlotterie!

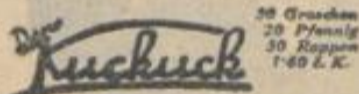
Ziehung der ersten Klasse der 25. Lotterie schon am 16. u. 17. Juni.

Der Film

Programm der Prager Lichtspielbühnen.

- Wran-Urania: „Ihr Junge.“ Premiere der deutschen Fassung.
Adria: „Lohn der Götter.“ R. Barthelemy.
Alfa: „Groß der König des Lachens.“
Beranek: „Ueber dem großen Teich.“ R. Chevalier.
Bonis: „Seitensprünge.“ Deutsche Version.
Flora: „Ueber dem großen Teich.“ Marz. Chevalier.
Goldwunder: „Auf Abwegen.“
Hvězda: „Der Andere.“ Käthe v. Ragg.
Fritz Korner.
Julie: „Die jährlichen Verwandten.“
Koruna: „Die Verbrechen des Schmugglers.“
Kodwa: „Bornehme Gesellschaft.“
Lucerna: „X. 27.“ Mariene Dietrich.
Metro: „Die Firma heiratet.“
Olympia: „Der falsche Ehemann.“ Vaudier, Rich-mann.
Praga: „Die Jagd nach der Million.“
Radio: „Gierige Jugend.“ Roman. Corinne Griffith.
Kory: „Fra Diavolo.“ Lino Patiera.
Kauz: „Ueber dem großen Teich.“ Marz. Chevalier.
Svatopluk: „Gierige Jugend.“ Corinne Griffith.
Kytka: „Kajernengäuder.“
Kytka: „Baron Trenčs Diebesabenteuer.“ Petro-witsch.
Poffage: „Die Königin einer Nacht.“
Rohel: „Walzer im Schlafkroup.“
Alma: „Skandal um Eva.“
Bajal: „Ueber dem großen Teich.“ Marz. Chevalier.
Belvedere: „Melodie des Glücks.“
Vejscha: „Das Rädel vom Varietä.“
Festeti: „Cain.“ Großes Abenteuer.
Illusion: „Suzanne macht Ordnung.“ Lederer.
Konvikt: „Die Bräutigamstochter.“
Lido: „Der Herr auf Bestellung.“ B. Forst.

Die gesproch gedruckten Filme können empfohlen werden.



Die größte illustrierte Wochenschrift erscheint jeden Sonntag überall erhältlich

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. J. Prag, Gruppe 1. Morgen in der Sec. Diskussionsabend über den Leipziger Parteitag. Es spricht Genosse Rog. Jaksch. Beginn 8 Uhr.

nachdem ich eine Wette, daß der letzte abgewartete Satz in 15 Minuten erden müße, verloren hatte - suchte ich, freilich mit ein dürren Worten, die mir zur Verfügung stehen, in einer kurzen Rezension wiederzugeben, in der ich ersärend hinzusetzte, daß es sich um den bekanteten, vom Zionismus über den Kommunismus zum Tropismus gelangten Pollak handle. Erst später erfuhr ich, daß er kein Tropist sein will, vermutlich, weil sich Trostik gegen die Nationalität vermahnt hat, daß er nichts als ein Polkalist und als einziger Erb- und Fortsetzer Lenins „der größte lebende Wozgik“ sei. Ueber solche Horenstien soll es, wie ich immer wieder lesen muß, in einer weiteren Broschüre des Pollak eine abträgliche Analyse geben; aber nichts auf der Welt, wider ein lebensfähiges Frei-Abkommen auf die Hirtensbrüder der Brüder, noch Freiplätze zu ähnlichen Seminaren und Vorträgen des Apfels, nichts könnte mich bewegen, noch ein-mal zu lesen, was ich damals hören mußte und was durch Horn und Zuhalt doch jene Hebelheit bei mir bewirkte, die ich jetzt, indem ich ein paar Sätze aus dem neuesten Koarhema des Dala! Dama gliere, auch den Leiern dieses Artikels nicht erparen kann. Er, Artur Pollak von Verblödingen, hat kürzlich zur Verändertafel gesprochen, wobei den Nachweis er-brachte, daß die österreichische Schule der National-Ökonomie „aus einem Mädchen vom Lande durch Aufzucht einer Eiterbeute eine mön-däne Dame geworden“ ist, und er habe, heißt es im Hirtensbrüder der Brüder, dabei „wieder einmal seine Verwandlungskunst geübt und glänzend bewährt“.

Diese Verwandlungskunst, die dem genannten Verfasser nachgelobt wird, ist in dem Sinne, in dem das Wort gebraucht wird, eine sehr hohe Kunst, denn das Wort abstrahiert nicht als Zahlenwert, sondern als abstraktereistit demselben Lage und wäre viel eher eine unheimliche Selbstcharakteristik dieses Anwesens, der sich beiß verhält. Sozial-ökonomische Arbeiter hinter ihrem Rücken in begrifflich und mütterlichen Material einer gewissen tierischen Politik zu verwandeln, wenn er nur auf diesen letzten Punkt grübeln mag, um sich beim Petri d seines Gehäuses nicht immer wieder von einem Entzerrungsständer erschrecken zu lassen.

Hopla! Dieses war der erste Satz, doch der zweite ist noch besser:

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Heute wichtige Ausfüh-rung im Hofhaus „U lupen“ in der Söpanka, gegenüber der Turmhalle. Be-ginn um 7 Uhr abends. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig!

Sozialistische Jugend Prag.

Ortsgruppe 1. Heute, um 8 Uhr abends, in der Sec. Musikabend bei Mitwirkung einer Mandolinengruppe, einer Streichgruppe und von Zithern. Kommet alle und pünktlich!

Literatur

Friedrich Weiß: Die Machtverhältnisse der Parteien in Parlamenten und Regierungen. Eine internationale Uebersicht. Zweite, nach dem neuesten Stande richtiggestellte Auflage. Ergänzungsbuch zum Werke: „Politisches Handbuch“. Ein sozialistischer Wegweiser. Zweite Auflage. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße Nr. 18. Preis S. 120.) Die Schrift bringt vor allem die ziffermäßigen Ergebnisse der Par-lamentswahlen für alle Staaten Europas mit etwas stärkeren sozialistischen Parteien (für Deutschland und Deutschösterreich auch die Ergebnisse der Parlamentswahlen der Einzelstaaten, von Län-der), ferner die Wahlergebnisse in den Vereinigten Staaten und in den anderen außereuropäischen Staaten mit stärkeren Arbeiterpartei in genauer Darstellung nach dem neuesten Stande. Außerdem enthält die Broschüre eine genaue Uebersicht der Partei-gruppierung, der parteimäßigen Zusammen-setzung der Regierungen und der Stärke der Partei- und Jugendorganisationen vor allem für die deutsch-sprachigen Länder (Deutschland, Deutschösterreich,

60 Ortsgruppen. Bauen mit zinslosem Geld nur durch die Gemeinnützige Bau- und Spargenossenschaft KOMOTAU. Eingezahlte Anteile 850.000 Kc, ausgezahlte unverzinsliche Darlehen circa 6.000.000 Kc. Alle gewünschten Auskünfte und Prospekte gegen 2 Kc Rückporto durch die Gem. Bau- und Spargenossenschaft reg. Gen. m. b. H. in Komotau, Pragerstraße, eigenes Verwaltungsgebäude.

Kinderfreunde Prag.

Heute, Mittwoch, halb vier Uhr nachmittags Endstation der Zünfer-Linie Treffpunkt. Nach Uebereinkunft Baden oder Ausflug. Am Rindertag, welcher am 21. d. M. am Bohorelek-Turnplatz der DZ (beim Frechnobloster) stattfindet, veranstalten wir zum ersten Male ein allgemeines Rinderturnen, an welchem jedes Kind teilnehmen soll. Es sollen dabei alle Kinder Bade- oder Turnkleidung mitbringen. Freundschaft.

Tschechoslowakei, Schweiz, dann auch für Großbritannien, Frankreich und die meisten übrigen Staaten Europas. Im Abschnitt: „Deutschösterreich“ werden auch die seit 1928 entstandenen neuen Parteien gekennzeichnet, im Abschnitt: „Deutsch-österreich“ die Wahlverläufe der größten bürger-lichen Parteien im Wahlkampf Ende 1920 mit kriti-schen Bemerkungen wiedergegeben. Im Abschnitt: „Italien“ wird die neueste Entwicklung des italieni-schen Faschismus sehr gut dargestellt. Die Schrift verhofft jedem politisch Interessierten wertvolle Kenntnis der Machtverhältnisse der Parteien und bringt gleichzeitig die zweite Auflage des so wert-vollen umfassenden politischen Handbuchs des gleichen Verfassers, das „Politische Handbuch“ durch wegs auf den neuesten Stand. Die Schrift sollte deshalb, ebenso wie die Neuauflage des „Politischen Handbuchs“, in keiner Arbeiterbibliothek und in der Hand keines politischen, bzw. sozialistischen Ver-wandtenmannes fehlen.

Herausgeber: Sigfried Leub. Chefredakteur: Wilhelm Riecher. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag. Druck: „Rosa“ K. G. für Zeitung und Buchdruck, Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Dalk. Prag. Der Zeitungserfahrungen wurde von der Zeit- u. Zeitungs-Verlag mit Verlag Nr. 13.800/VII/1930 Wien-Prag.

Physikalisch-diätetisches Sanatorium KLEISCHE bei Aussig. Neuzzeitliche Einrichtungen. Telefon Aussig 303. Prospekt.

„Denn dieser Name wäre die richtige Be-zeichnung für das, was Herr Dr. Franzel - um diese Kriecherei vor dem heiligen und dem profanen Stahl.“ Das ist offenbar der, den der Pollak fortwährend im Runde führt,

und vor ihren Stützen mit dem richtigen Diminutivum des hierarchischen Na-mens für herrschaftliche Bediente zu benennen - den Professor Artur Pollak gern anheilen möchte, wenn wiederum der wirt-schaftliche Zusammenhang zwischen den periodischen Entlassungen des Herrn Dr. Franzel und des „Sozialdemokrat“ unter Mitwirkung des Professor Artur Pollak durch die Freizügigkeit als Kunst nicht auf den weichen Kopf des Herrn Dr. Franzel gestellt würde, der kein Witzbold, durch die ent-schiedene Bekämpfung der marxistischen Theorie und ihrer profanistischen Konsequenzen immer wieder vor die Wahl zwischen einer kontexten und aktuel-len Anwendung des Marxismus und einem Terminal der sozialpolitisch-modernen Rezipienten aller Zerlegungsergebnisse der höchsten Weltan-schauung des Bürgertums gestellt und in die Notwendigkeit versetzt zu sein und sich durch die getroffene Wahl als „sozialdemokratisch überuntere Schreibebeder“ (Artur Pollak in „Wissenschaft und Ethikismus“) klüß zu entlarven, dem Professor Pollak als mehrtypologische Kunst anrechnen möchte.

Schon aus! Hier kann man nicht einmal Karl Kraus zitieren: „Dem Gewure heißt auf deutsch die Kröchl“ oder „Besser noch sind zwei Gewuren“, sondern nur noch Schiller: „Da wandte sich der Saß...“

Es geht aber so weiter und analogistisch Veran-lagen könnten weitere Sätze auf Bestellung gelie-fert werden. Nämlich, daß der Text einen beleidigen-den Tonstand enthält, aber gerichtliche Verfolgung wäre aussichtslos, da ja weder durch den Ort der ersten Veröffentlichung noch durch die lediglich den Brüdern verständliche Sprache das Moment der Öffentlichkeit gegeben erscheint. Soviel einnehme ich dem zum Zuhilgen entarteten Stilgang des Satz von Pollak, daß ich einen zu profanistischen Namen führe, während, wie kürzlich schäbzig auf weis veräußert wurde, „Pollak“ ein „hängen-der Namen“ ist. Dem ist nun leider nicht abzu-kehren, da man mir im Falle der Namensänderung in Blumt vor meiner tschechischen Vergangenheit

und, wenn ich beim Kubat um Verleihung des Namens „Pollak“ ansetzte, was auch - ich habe mich natürlich erkundigt - mit Unkosten verbunden sein soll, noch Streckerum und am Ende Verwand-lungskunst nachfragen könnte. Wir wollen also bei untern kein Dienerschaften, jeils hängenden Namen bleiben und ich mache mich lediglich erbödig, dem Pollak, wenn er wieder nach einem Weg über den meinen suchen sollte, einen weit besseren aus tschech-ischen Bereichen zur Verfügung zu stellen, so, ich bin unregelmäßig genug, ihn schon jetzt mit der Nase, die im Witzhansen zu fördern steht, auf den Franz-Mohr zu stoßen. Was aber alles andere betrifft, so bin ich, ohne zu ahnen, was ein „Territor der neokatholisch-modernen Rezipienten usw.“ ist, aufrichtig genug, es offen herauszusagen, daß mit die tschechische Dogmatik mit der des Pollak ver-glichen, als ein Fels der Logik und ein Musterbeispiel der Golden, erscheint und daß ich lieber mini-strieren, als beim Pollak ins Seminar gehen. Denn seiner Definition des Marxismus als „einer Anleitung zum Handeln“ habe ich stets mit entnehmen können, daß sie leider keinen Jüngern nicht einmal die Anleitung zum Handeln mit allen Hosen bietet, was doch immerhin eine nützlichere Beiläufigung wäre als die Aktion mit der deutschen Sprache oder mit philosophischen und sozio-logischen Terminal, die demnach ihre Krönung in einer „Sonnenwendfeier“ erfahren soll, zu der ich mich unter der einen Bedingung einstelle, daß der Jung des Horreoriel zum Pollak hält. Was bei diesem Feuer, dessen einziger Sinn doch wäre, daß man es mit dem Fasel schürte, den die Polla-then in Form von bedrucktem Papier erzeugen, an germanisch-tschechischen Territoraten angefaßt werden soll, weiß ich nicht, aber es wird an meiner Belan-gung nichts ändern, daß der Artur Pollak nicht mit Lenin, sondern mit der Frau von Pollak in die Geschichte eingehen wird, und nicht an der Ueberzeugung, daß die Erkenntnis, der Pol-ak feinstgeigt Ausdruck verleiht hat: „Nämlich erin-nerst sich der Mensch, daß er einen Ater hat“, sich ähnlich bei jedem einstellen muß, der die Hirtens-brüder der Brüderchaft zu Gehalt bekommt.

Emil Franzel.